

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Peter Glotz
Der Mannheimer Parteitag
der SPD 1975

Susanne Miller
Grundwerte
in der Geschichte der
deutschen Sozialdemokratie

B 11/76

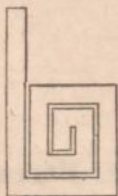
13. März 1976

Peter Glotz, Dr. phil., M. A., geboren am 6. März 1939; 1964—1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München; 1969/70 Konrektor der Universität München; 1970 Mitglied des Bayerischen Landtages, Geschäftsführer des Forschungsinstituts Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung in München; 1972 Wahl in den Deutschen Bundestag; seit 1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; seit 1972 Stellvertretender Vorsitzender der SPD in Bayern.

Veröffentlichungen u. a.: Versäumte Lektionen — Entwurf eines Lesebuchs, 1965; Der mißachtete Leser — Kritik der Deutschen Presse, 1969; Vorbilder für Deutsche — Korrektur einer Heldengalerie, 1974 — alle mit Wolfgang R. Langenbacher. Buchkritik in deutschen Zeitungen, 1968; Der Weg der Sozialdemokratie — Der historische Auftrag des Reformismus, 1975. Kommunikationswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Aufsätze in Fachzeitschriften, Lexika, Sammelwerken etc.

Susanne Miller, Dr. phil., geb. 1915, studierte in Wien und Bonn Geschichte, Politische Wissenschaft und Pädagogik; seit 1964 wissenschaftliche Referentin bei der Kommission zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn-Bad Godesberg.

Veröffentlichungen: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Frankfurt/M. 1964; Burgfrieden und Klassenkampf, Düsseldorf 1974; Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1974; Editionen und Dokumentationen; Beiträge in wissenschaftlichen und politischen Publikationen.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Mannheimer Parteitag der SPD 1975

I.

Die Bereitschaft der deutschen Sozialdemokraten, die vielfachen intellektuellen Impulse der studentischen Protestbewegung und der außerparlamentarischen Opposition zu verarbeiten, ihre utopischen Elemente auszuschleiden und ihre zukunftsweisenden Ideen politisch wirksam zu machen, hat ihnen vielfältige Diffamierungen eingetragen. Der Wille, den sensibleren Teil einer ganzen Generation vor dem Abdriften in Resignation und geistige Emigration zu bewahren, führte zu scharfen Gegenreaktionen, die die intellektuellen Führer der Opposition immer noch zu einer Tendenzwende verdichten möchten. In einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, beispielsweise den Hochschulen, verloren die Sozialdemokraten — aufgrund ihrer langwierigen, differenzierten, nicht immer durchschaubaren Diskussion mit der außerparlamentarischen Opposition — an Boden; in manchen Bundesländern — beispielsweise in zwei Landtagswahlkämpfen in Hessen — führten gezielte Antilinkskampagnen zu überdurchschnittlichen Gewinnen der konservativen Partei. Es gelang der CDU/CSU und den mit ihr kooperierenden gesellschaftlichen Gruppen, bei Teilen der Mittelschichten die SPD als „unterwanderte“, als teilweise demokratisch nicht zuverlässige, zu unüberprüfbar Experimenten neigende Partei darzustellen.

Nach dem Mannheimer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1975 wird sich diese (wie gesagt: teilweise durchaus erfolgreiche) konservative Strategie gegen sich selbst richten. Sollte es den rechten Gruppierungen der Union um Strauß und Carstens gelingen, diese Strategie am Leben zu erhalten, kann es der Sozialdemokratie nur recht sein; diese Strategie wird — im Unterschied zu den frühen 70er Jahren — die liberale Öffentlichkeit nicht mehr überzeugen. Denn das wichtigste Ergebnis des Mannheimer Parteitags 1975 der SPD ist die Integration eines großen Teils der außerparlamentarischen Opposition in den demokratischen Staat.

Sichtbar wird dies in dem bei nur einer Gegenstimme beschlossenen Ökonomisch-Politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975

bis 1985. In ihm sind (sicher mit einem unaufgelösten Rest von Ratlosigkeit) die Denkanstöße der späten 60er Jahre aufgenommen, die Irrtümer und Illusionen aber abgetan. Die SPD hat gleichzeitig in dem jahrelangen Prozeß der Diskussion die kritische Generation von damals aufgesogen; nur wenige sind — verschreckt — zu den Konservativen gegangen; und nur eine verschwindende Minderheit beharrt in auswegloser Konsequenz auf der reinen Lehre und verzettelt sich in den politischen Sekten der linksradikalen Szene; am gefährlichsten ist noch die Dunkelziffer derer, die sich verbittert in einen konsum- und profitorientierten Privatismus zurückgezogen haben. Aber per saldo kann man sagen, daß das politische System der Bundesrepublik den Ansturm der außerparlamentarischen Opposition überstanden hat, und zwar mehr durch Diskussion als durch Repression. Und man muß hinzufügen: daß dies gelang, war das Verdienst der Sozialdemokratie, die dabei von der Union nach Kräften behindert wurde.

Noch während des Mannheimer Parteitags hat Kurt Biedenkopf, der Generalsekretär der CDU, nochmals die Diagnose wiederholt, die er schon nach dem Hannoverschen Parteitag gegeben hatte: Innerhalb der Sozialdemokratie gebe es eine tiefe Spaltung. Er hatte damals, nach dem Hannoverschen Parteitag, geschrieben: „Die SPD ist im Begriff, (ihre) programmatische Substanz aufzulösen, um ihre organisatorische Fülle zu erhalten. Sie versucht damit, der Gefahr der Linksabspaltung zu begegnen, unter der sie in ihrer Geschichte immer wieder gelitten hat. ... Unter dem Namen Sozialdemokratische Partei Deutschland agieren in der Bundesrepublik Deutschland heute zwei in Programm und Prinzip verschiedene politische Gruppen: eine sozialistische und eine marxistische.“¹⁾ Biedenkopf wird sich ein neues Interpretationsmuster besorgen müssen; der sozialdemokratische Parteitag hatte für seine Diagnose — als der Par-

¹⁾ In: Wirtschaftswoche Nr. 20 vom 11. 5. 1973, S. 32.

teivorsitzende Brandt sie in seinem Schlußwort erwähnte — nur noch „Lachen“ übrig²⁾; auch außerhalb der SPD werden bald die Reaktionen auf derartige Feststellungen nicht anders sein. Nach Mannheim brauchen die Konservativen eine neue Strategie gegenüber der Sozialdemokratie.

Im Laufe der nächsten Monate wird einem immer größeren Teil der Öffentlichkeit (auch der veröffentlichten Meinung) klar werden, daß Peter von Oertzen und Horst Ehmke auf dem Mannheimer Parteitag die richtigen Diagnosen gaben.

Von Oertzen: „Die Diskussion über den Orientierungsrahmen... (hat) dazu beigetragen, sachlich inhaltslose und zumindest überspitzte Gegensätze in unserer Partei abzubauen und damit zu größerer Geschlossenheit der Partei beizutragen, eine Geschlossenheit freilich, die auf eigener Einsicht beruht und nicht

so sehr auf äußerer Disziplin oder auf moralischen Appellen, so unverzichtbar dieses beides auch sein mag. In dieser Diskussion sind im übrigen auch die Qualitäten des Godesberger Programms teilweise neu entdeckt worden. Mancher jüngere, aber auch mancher ältere Genosse hat nach gründlicherer Diskussion als in der Vergangenheit in unserem Grundsatzzprogramm Dinge gefunden, die er vorher darin vielleicht nicht vermutet haben würde.“³⁾

Ehmke: „(Es ist) gelungen..., nach langen Jahren manchmal schwieriger, aber doch notwendiger Diskussion, vor allem mit der jungen Generation und dem, was man „die junge Linke“ nennt, wieder zu einer großen Übereinstimmung der Partei in der Sache gefunden zu haben. Daraus kann die Partei neues Selbstbewußtsein und neue Kraft schöpfen.“⁴⁾

II.

Die neuen Fragen, die während der Großen Koalition weitgehend außerhalb der Institutionen des Parlamentarismus entwickelt worden waren, wurden zu Beginn der 70er Jahre in der Sozialdemokratie zur Debatte gestellt. Sie richteten sich, wenn man vereinfacht, auf folgende Probleme:

— Kann das Prinzip unserer Gesellschaft weiter ein vom Profitprinzip stark gefärbter Individualismus sein? Muß die Konkurrenzgesellschaft der vielen einzelnen nicht in einer neuen Solidarität, dem Sozialismus, überwunden werden?

— Ist der Staat im entwickelten Kapitalismus überhaupt reformfähig? Ist er nicht eine bloße Marionette der großen Konzerne oder ein Vollzugsorgan der Gesetze des Kapitalismus?

— Läßt sich angesichts der Probleme wirtschaftlichen Wachstums, angesichts der Ausbeutung der Rohstoffquellen, angesichts weltweiter krisenhafter inflationärer Entwicklungen überhaupt ohne ein ausgebautes Instrumentarium staatlicher Investitionslenkung auskommen? Ist es nicht notwendig — um die Lebensgrundlagen in der Welt zu erhalten —, sowohl Produzenten wie Konsumenten sehr viel schärfer zu kontrollieren und ihre Entscheidungen zu lenken?

— Kann der Problemdruck der Gegenwart überhaupt mit einem parlamentarischen Sy-

stem bewältigt werden? Muß der Parlamentarismus nicht sozusagen von unten, von der Basis her, zu neuen Leistungen getrieben, in bestimmten Punkten sogar gänzlich überwunden werden?

In dieser hier formulierten Form sind die Fragen innerhalb der Sozialdemokratie — vor allem in der letzten Phase der Diskussion, zwischen dem Hannoverschen Parteitag 1973 und dem Mannheimer Parteitag 1975 — nicht gestellt worden; kein verantwortlicher Sozialdemokrat spielte auch nur gedanklich mit der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus oder mit der Idee, den Parlamentarismus abzuschaffen. Aber das waren die Fragen, die in den späten 60er Jahren von Berkeley bis Warschau, von Berlin bis Mexiko-City aufgeworfen worden waren. Die Sozialdemokratie hat ihre Diskussion — wenn auch nicht ohne innere Kämpfe und zuweilen Krämpfe — zugelassen; sie hat, im Unterschied zu den konservativen Parteien in der Bundesrepublik, keine Denkverbote aufgerichtet. Heute, nach dem Mannheimer Parteitag, kann sie konstatieren, daß diese Fragen im Orientierungsrahmen — jedenfalls für kontinental-europäisch-demokratische Verhältnisse — aufgearbeitet sind, daß sie für ein Jahrzehnt — und zwar mit der Zustimmung aller Sozialdemokraten, auch der jungen Generation — beantwortet wurden. Die Bereitschaft zur Diskussion hat der SPD zwischen 1970 und 1975 manche Stimme gekostet; aber sie wird ihr jetzt auch eine neue Spannkraft geben, die

²⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 15. 11. 1975, S. 114.

³⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. 95/96.

⁴⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 14. 11. 1975, S. 8/9.

sie sich nie erarbeitet hätte, wenn diese Diskussion administrativ verhindert worden wäre.

Die SPD ist — dies läßt sich überhaupt nicht bestreiten — im Laufe dieses Diskussionsprozesses bescheidener geworden. Der jetzt beschlossene Orientierungsrahmen verzichtet auf eine quantifizierte Vorausschau der wirtschaftlichen Entwicklung und auf quantifizierte Zielwerte für die Verteilung des künftigen Sozialprodukts auf die großen Bereiche der Investitionen, des Konsums und des Staatsverbrauchs sowie der künftigen öffentlichen Ausgaben auf die verschiedenen Gebiete öffentlicher Tätigkeit⁵⁾. Es hat sich klar erwiesen, daß die Prognosekraft der Partei und auch des Staates nicht ausreicht, um derartige Projektionen verantwortlich zu erstellen. Dasselbe gilt für die noch beim Hannoverischen Parteitag beabsichtigte Definition des Begriffes Lebensqualität mit Hilfe von Sozialindikatoren, an denen allerdings noch nicht ernsthaft genug gearbeitet wurde. Trotz dieser Einschränkungen wird man aber sagen können, daß der Orientierungsrahmen in der in Mannheim beschlossenen Fassung eine Interpretation und Konkretisierung des Godesberger Programms darstellt, wobei die Grundsätze dieses Programms auf die seit 1959 neu entstandenen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Probleme angewandt werden. Diese Probleme wurden bereits in Hannover 1973 diskutiert: die ökologische Krise, die Wachstumswidersprüche (Weltinflation, Weltwährungsordnung, strukturelle Arbeitslosigkeit) und das Problem der „Loyalitätssicherung“ — die Gewährleistung einer Zustimmung der Menschen zu den notwendigen, aber oft schmerzhaften Reformprozessen.

Ich kann in diesem kurzen Resümee des Mannheimer Parteitags die Debatte zu den von mir skizzierten Grundfragen nicht im einzelnen nachzeichnen. Die liebevolle Aufmerksamkeit aber, die die konservative Publizistik in Deutschland all diesen theoretischen Auseinandersetzungen zugewandt hat, legt es doch nahe, die Ergebnisse wenigstens schlagwortartig zusammenzufassen.

1. Grundwerte

Seit die CDU auf ihrem Parteitag in Mannheim die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, wenn auch in gänzlich anderer Interpretation, in ihr Programm aufgenommen hat, wird den Christdemokraten eine pauschale Ablehnung des Denkansatzes dieser Grundwerte schwer. Auch das Toleranzgebot,

⁵⁾ Vgl. Peter von Oertzen, unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. 92.

also die Erkenntnis, daß man aus verschiedenen geistigen Traditionen zu diesen Grundwerten kommen und sie begründen kann, kann die Union trotz ihres Ursprungs (u. a.) beim Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und ähnlich konfessionell geprägten Parteien nicht mehr frontal attackieren. Die Kritik verlegt sich deshalb auf den Zusammenhang der Grundwerte und unterstellt der Sozialdemokratie, sie wolle das Kollektiv der Freiheit des Individuums voranstellen. Mit einem Wort: Die Stoßrichtung der Kritik richtet sich gegen den Grundwert Solidarität, jedenfalls gegen die sozialdemokratische Interpretation dieses Grundwerts, und versucht, die menschliche Sehnsucht nach individueller Freiheit zu einem Vehikel für ihre „strukturkonservativen“ Ziele zu machen.

Die beschlossene Fassung des Orientierungsrahmens entzieht solchen Versuchen allen Boden. In dem beschlossenen Text steht der Satz: „Wer den notwendigen Zusammenhang der drei Grundwerte und ihre Gleichrangigkeit verkennt, engt sie ein, höhlt sie aus und läuft schließlich Gefahr, sie — wie im Falle der totalitären Bewegungen — zu zerstören.“⁶⁾

Und in der Einführungsrede auf dem Mannheimer Parteitag hat der Vorsitzende der Orientierungsrahmenkommission, Peter von Oertzen, erläutert: „Leitende Idee des Sozialismus ist, wie ein Blick auf den ersten Satz des Godesberger Grundwertekapitels lehrt — und wir haben diesen Satz daher auch bewußt an den Anfang unseres neuen Entwurfs gestellt —, die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Ungeachtet all seiner unleugbaren sozialen Bindungen und Verpflichtungen steht der einzelne Mensch und nicht das Kollektiv im Mittelpunkt einer demokratisch-sozialistisch geordneten Gesellschaft.“⁷⁾

Das Protokoll verzeichnet als Reaktion des Parteitags auf diese Aussage: „Beifall.“

Auch aus der Interpretation des Grundwerts Solidarität im Orientierungsrahmen wird die konservative Theorie und Propaganda keinen Honig saugen können. Oertzens Resümee: „Unstreitig steht die Klassensolidarität der Arbeitnehmer am Anfang der Geschichte unserer Partei und ist auch heute noch ein wesentliches Element ihres Wirkens. Aber ungeachtet aller in unserer Gesellschaft fortdauernden sozialen Gegensätze und Konflikte, die offen und, wenn nötig, auch hart ausge-

⁶⁾ Ökonomisch-Politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985 in der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. 11. 1975 beschlossenen Fassung, in der Reihe Dokumente, Bonn 1975, S. 9.

⁷⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. 98.

fichten werden müssen, gilt doch auch dies: es gibt eine allgemeine Solidarität der Mitbürger und der Mitmenschen, von der niemand ausgeschlossen werden darf. Das ist eine prinzipielle Frage, Genossinnen und Genossen. Der menschliche und politische Grundkonsens ist die unerläßliche Voraussetzung auch für das Wirken der sozialistischen Bewegung. Die Alternative zu diesem Konsens wäre der offene Bürgerkampf, den niemand wollen kann, wir Sozialdemokraten zuallerletzt. Und hierzu noch eine Bemerkung: es ist ein schrecklicher Irrtum, zu meinen, Genossinnen und Genossen, eine Gesellschaft der Brüderlichkeit könne aus dem Geist des Hasses geboren werden.“⁸⁾

Die Unterstellung, die SPD wolle Kollektivismus und haßerfüllte Klassenauseinandersetzungen, richtet sich durch diese Beschlüsse einmal mehr gegen sich selbst. Gleichzeitig wird jedoch auch einer oberflächlichen Partnerschaftsideologie eine klare Absage erteilt. Dazu heißt es: „Es ist der Irrtum des Konservatismus, es könne zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren, wenn man die ökonomische, soziale, kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält.“⁹⁾

Damit ist der Sozialdemokratie der Auftrag erteilt, den Grundwert Solidarität neu zu interpretieren. Sie muß neue Kooperationsverhaltensformen im Arbeitsprozeß, beim Wohnen, bei der Überwindung der traditionellen Trennung von Arbeit und Freizeit entwickeln. Eine Identifikation von Solidarität und Sozialversicherung oder Solidarität und sozialer Sicherheit (im Sinne der Absicherung des individuellen Risikos) ist nicht erlaubt.

2. Staat

Anfang der 70er Jahre hat es innerhalb der SPD, besonders im Bereich der Hochschulen und innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, eine intensive, z. T. allerdings reichlich akademische Diskussion über den Staat gegeben¹⁰⁾. In der Verfassungsdebatte des Deutschen Bundestages 1974 wurde diese Diskussion von den Unionsparteien wie bei zahllosen anderen Gelegenheiten polemisch aufgegriffen. Unter diese Diskussion wurde in Mannheim nun, wie Oertzen es formulierte, „ein sinnvoller Schlußstrich gezogen. Der Staat

ist weder eine allmächtige, über der Gesellschaft schwebende Autorität noch ein Handlanger der Monopole oder eine abhängige Funktion der Kapitalverwertung. Der Staat ist mit der Gesellschaft auf das engste verflochten. Er muß sich seine Unabhängigkeit und seinen Gestaltungsraum gegen starke eigensüchtige Interessen immer aufs neue erkämpfen, und seine Autorität reicht nicht weiter als das Vertrauen, das mündige Bürger in freien demokratischen Wahlen dem Parlament und der Regierung gegeben haben.“¹¹⁾

Diese, an der Wirklichkeit ansetzende, jeden Hegelianismus rechter oder linker Provenienz vermeidende Definition des Staates ermöglicht eine nüchterne politische Praxis. Die deutsche Versuchung der Staatsvergottung ist ebenso vermieden wie die sozialistische Versuchung, auf ein Absterben des Staates zu hoffen. Es wäre gut, wenn auch der politische Gegner der SPD dieses Ergebnis der Diskussion zur Kenntnis nehmen würde¹²⁾.

3. Wachstum

Die Wachstumsdebatte, die auf dem Hannoverischen Parteitag im Zentrum der Debatte stand, mußte in ihrer grundsätzlichen Dimension auf dem Mannheimer Parteitag nicht neu aufgenommen werden. Eine strikte Antiwachstumsschule meldete sich in Mannheim nicht mehr zu Wort. Im Orientierungsrahmen ist die Auffassung aller Sozialdemokraten formuliert: „Wir können uns künftig nicht mehr an einem Wachstum ausrichten, das nur in seiner globalen Veränderung betrachtet wird, ohne Rücksicht darauf, wie es sich zusammensetzt und unter welchen Bedingungen es zustande kommt. Unser Ziel muß ein gesamtwirtschaftlich sinnvoll differenziertes, auch an qualitativen Maßstäben ausgerichtetes Wachstum sein.“¹³⁾

Dabei wird klar gesehen, daß die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahrzehnten von den Wachstumsraten finanziert wurde. Sobald die Wachstumsraten kleiner werden, wird die Zustimmung der breiten Mehrheit der Menschen zu den dann notwendigen Maßnahmen nur erreichbar sein, wenn eine Politik verfolgt wird, die die Gleichheit der Menschen stärker betont. Eine Gleichheitspolitik, die Besitzstände antastet, wird aber schärfere Widerstände bei den Besitzenden auslösen als eine Verteilungspolitik aus der Wachstumsmarge. Im

⁸⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. 98.

⁹⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 9.

¹⁰⁾ Vgl. dazu Peter Glotz, *Der Weg der Sozialdemokratie*, München—Wien 1975, S. 80 ff.

¹¹⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. 107.

¹²⁾ Vgl. dazu im Text des Orientierungsrahmens die Ziffer 24, a. a. O.

¹³⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 37.

Orientierungsrahmen heißt es: „Der Widerstand der Privilegierten wird um so erbitterter sein, je weniger Maßnahmen aus einer Neuverteilung von Zuwächsen finanziert werden können, je mehr sie also aus einer Umverteilung von Besitzständen finanziert werden müssen.“¹⁴⁾

Die SPD hat mit diesem Konzept vor allem die kritischen Positionen der Ökologen positiv aufgenommen. Sie hat allerdings gleichzeitig auf die immensen Durchsetzungsschwierigkeiten hingewiesen, die der Verfolgung dieses Konzeptes in der Zukunft in den entwickelten Industriegesellschaften entgegenstehen werden. Ein begrenztes Wachstum darf nicht zum Reformstillstand führen; die Zustimmung zu Reformen wird aber in einem verschärften Verteilungskampf immer schwerer zu erlangen sein. Eine „Lösung“ dieses politischen Konfliktes, das heißt, die Darstellung eines Katalogs von Maßnahmen, mit denen dieser Konflikt aufzulösen wäre, ist auch innerhalb der Sozialdemokratie keineswegs in Sicht. Das Problem ist in Mannheim beschrieben worden; in den Debatten um die Problematik „Recht auf Arbeit“, um strukturelle Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung für die Zukunft wurde sichtbar, was auf die Industriegesellschaft unter Umständen in den nächsten 40 Jahren zukommen wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß ein ähnlicher Dialog auch bald in der Opposition in Gang käme, die heute noch allzu unentschlossen zwischen verbaler Verzichtsethik und interessengeleiteter Expansionspolitik hin und her schwankt. Denn in der Konfrontation zweier fast gleich starker Parteiblöcke werden die sich zunehmend verschärfenden Probleme nicht zu lösen sein.

4. Investitionslenkung

Das wichtige Thema der Investitionslenkung — es wird angesichts schrumpfender Wachstumsraten und schrumpfender Rohstoffvorräte ohne Zweifel jeden Tag wichtiger — hat in der letzten Phase vor dem Mannheimer Parteitag, vor allem im publizistischen Begleitkonzert zu den vorbereitenden Parteitagenden der Bezirke, gegen die Sozialdemokratie manches Propagandamaterial geliefert. Die Sozialdemokratie selbst war daran nicht unschuldig; an diesem Thema profilieren sich einzelne Vertreter der Parteiflügel, ohne sich immer mit der notwendigen Sachkenntnis ausgestattet zu haben. So konnten es auch die beschwörenden, immer wiederholten, exakt belegten Appelle des stellvertretenden Vorsitzenden der Orientierungsrahmenkommission,

Herbert Ehrenberg, nicht verhindern, daß auch Sozialdemokraten durch lautstarke Feldzüge gegen die angeblich gefährliche „direkte“ Investitionslenkung der rechten Publizistik Munition gaben.

Auf dem Mannheimer Parteitag wurde diese Diskussion in allgemeiner Übereinstimmung ad acta gelegt. Im Orientierungsrahmen heißt es: „Bei der häufig verwandten Unterscheidung zwischen ‚indirekter‘ und ‚direkter‘ Investitionslenkung handelt es sich um eine Scheinalternative. In Wahrheit geht es um eine abgestufte Skala von Instrumenten, deren dosierter Einsatz zeitlich, sachlich und in der Eingriffstiefe in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft werden muß. Im Rahmen einer so verstandenen zielorientierten Wirtschaftspolitik werden den einzelnen wirtschaftlichen Entscheidungen Daten gesetzt durch Steuern, Anreize, Bereitstellung oder Verweigerung öffentlicher Leistungen, wobei diese Datensetzung den einzelwirtschaftlichen Entscheidungsspielraum unter Umständen erheblich einengen kann (etwa Investitionsverbote in Form von Ansiedlungsverboten, Produktionsverboten, Umweltschutzaufgaben, Qualitätsnormen usw.).“¹⁵⁾

Es folgt dann der entscheidende, aus der Diskussion der Gewerkschaften übernommene Satz: „Die letztverantwortliche Investitionsentscheidung innerhalb des gesetzten Rahmens verbleibt aber beim Unternehmen.“¹⁶⁾

Schon dieser Satz müßte alle Bedenken vor allem des Managements zerstreuen, die Sozialdemokratie wolle die Investitionsentscheidungen des einzelnen Unternehmens künftig von einer zentralen Bürokratie fällen lassen.

Wie differenziert die Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie geführt wurde, zeigen die beiden Minderheitsvoten, denen der Parteitag nicht gefolgt ist. Sie verlangten einmal das Instrument des Investitionsverbots bei der Gefahr von Überkapazitäten und zum anderen eine Vergesellschaftung der Banken. Wie gesagt: Der Parteitag hat diese Minderheitsvoten abgelehnt: das Investitionsverbot bei Überkapazitäten mit dem Argument, daß die ökonomische Vorausschau des Staates für derartige Maßnahmen nicht differenziert genug sei, und die Vergesellschaftung von Banken mit dem Argument, daß im Bereich der Banken ja bereits ein wichtiger, großer Sektor öffentlich-rechtliche Eigentumsstrukturen aufweise, und daß vor der Vergesellschaftung eine *Reform* des privaten Bankenwesens der dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der

¹⁴⁾ A. a. O.

¹⁵⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 46.

¹⁶⁾ Ebd.

Mittel angemessenere Schritt sei¹⁷⁾. Aber jeder unvoreingenommene Beobachter muß sehen, daß selbst bei Annahme dieser Minderheitsvoten niemand der SPD hätte vorwerfen können, daß sie zentralisierte und bürokratisierte Investitionsentscheidungen befürwortete. Die Banken — um dieses Thema herauszugreifen — sind beispielsweise in Österreich und Frankreich verstaatlicht; niemand wird behaupten wollen, daß in diesen beiden Ländern die Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt worden sei. Auch hier stand das publizistische Getöse vor dem Parteitag in keinem Verhältnis zu der Entscheidung, die der Mannheimer Parteitag selbst dann getroffen hat.

Unbestritten freilich ist, daß die Sozialdemokratie „die Steuerungsmechanismen unserer Volkswirtschaft schrittweise fortentwickeln“ möchte. Angesichts der wachsenden Belastung der Umwelt des Menschen durch die Industrialisierung, angesichts der Ausbeutung der Rohstoffvorräte, angesichts des begrenzten Wachstumsspielraums in der Zukunft und — vor allem — angesichts einer wachsenden Vermachtung der Märkte ist dies unausweichlich. Im Orientierungsrahmen heißt es: „Die Unvollkommenheit der Marktwirtschaft erfordert nicht ihre Ersetzung, wohl aber eine Ergänzung und Korrektur durch staatliche Lenkungsmaßnahmen.“¹⁸⁾

5. Doppelstrategie und Vertrauensarbeit

Sicher hat man in der Sozialdemokratie immer — zumindest theoretisch — gewußt, daß die Aktivität in Parlamenten und Gebietskörperschaften allein nicht genügt, um politische Ziele umzusetzen. Trotzdem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß insbesondere in den 60er Jahren die Sozialdemokratie jene andere Ausrichtung ihrer Aktivität, die Basisarbeit, zumindest an den Bruchstellen der Gesellschaft vernachlässigt hat. Der Orientierungsrahmen beendet den Streit um die „Doppelstrategie“, wie die Jungsozialisten sie über Jahre gefordert haben, und integriert damit ein Element der politischen Strategie der außerparlamentarischen Opposition in den demokratischen Staat.

Der Parteitag vertauscht in der Diskussion um dieses Problem übrigens keineswegs Etiketten — den Begriff Doppelstrategie mit dem Begriff Vertrauensarbeit. Zwar zeigt diese sprachliche Differenzierung das wachsende Bewußtsein der Sozialdemokraten gegenüber

der Gefahr der Diffamierung; der Begriff „Doppelstrategie“ ist so nahe am Begriff „doppelzüngig“, daß er zur demagogischen Verwendung geradezu auffordert. Aber nicht die terminologische Differenzierung ist wichtig, sondern die inhaltliche.

Der Parteitag stellt nämlich klar, daß die „Mobilisierung an der Basis“ durch Sozialdemokraten nicht für Ziele erfolgen darf, für die die Sozialdemokraten sich in ihren Parteitagen eben gerade *nicht* entschieden haben. Die Basisarbeit darf kein Instrument *gegen* die parlamentarische Tätigkeit sein, sofern diese sich im Rahmen der Beschlüsse der Partei vollzieht.

Auf der anderen Seite aber ist es bitter notwendig, daß die Sozialdemokraten die Bevölkerung für ihre Ziele gewinnt. Es heißt deshalb wörtlich im Orientierungsrahmen: „Für eine sozialdemokratische Strategie reicht es also nicht aus, Regierungsverantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden zu erringen, besser als bisher zu koordinieren und zu behaupten. Auf mittlere und längere Sicht hat sozialdemokratische Politik auch auf der staatlichen Ebene nur dann Erfolgchancen, wenn sie mit einer breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit unserer Partei mit der Bevölkerung einhergeht. Bei diesem Sachverhalt — der mit dem oft mißverstandenen Begriff Doppelstrategie belegt worden ist — handelt es sich um zwei Seiten einer einheitlichen sozialdemokratischen Strategie. Eine Strategie dagegen, die den Konflikt zwischen der Basis der Partei und deren Mandatsträgern zum Prinzip erhebt, muß zu Handlungsunfähigkeit der Partei führen und kann nicht mit dem Begriff der Doppelstrategie in Übereinstimmung gebracht werden.“¹⁹⁾

Damit ist die Arbeit in Bürgerinitiativen, die Aufklärungsarbeit, eben die Vertrauensarbeit in der Bevölkerung von einer demokratischen Partei ausdrücklich programmatisch sanktioniert worden. Gleichzeitig aber wurde sie gegen Aktivitäten abgegrenzt, deren Sinn lediglich eine Zuspitzung von gesellschaftlichen Konflikten ist, mit dem vagen Ziel einer „Kraftprobe“, wie sie beispielsweise André Gorz anvisiert hat²⁰⁾.

¹⁷⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 54.

¹⁸⁾ Vgl. André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt am Main 1970; ders., Der schwierige Sozialismus, Frankfurt am Main 1969; ders., Die Aktualität der Revolution, Frankfurt am Main 1970; Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, Frankfurt am Main 1967; vgl. zum Thema Doppelstrategie: Peter Glotz, Der Weg der Sozialdemokratie, a. a. O. S. 245 f.

¹⁷⁾ Vgl. dazu die meines Erachtens schlüssige Argumentation von Herbert Ehrenberg, in: Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. B 52/B 53.

¹⁸⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 42.

Wie differenziert der Parteitag das Problem diskutierte, zeigt im übrigen folgende Einzelheit. Im — endgültig beschlossenen — Text des Orientierungsrahmens heißt es: „Die erste Aufgabe sozialdemokratischer Vertrauensarbeit ist es, die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, zu ermitteln und sie in die politische Diskussion und Entscheidung einzuführen.“²¹⁾

Diese Stelle sollte nun durch einen Antrag ergänzt werden, demzufolge den wirtschaftlich Schwächeren ihre Bedürfnisse „bewußt gemacht“ werden sollten. Die Auseinandersetzung um diesen Antrag ist hochinteressant.

Der Antrag wollte nämlich keineswegs sozusagen die „Ermittlungen“ der Bedürfnisse der Bevölkerung durch ein „Bewußtmachen“ (eben der Bedürfnisse) ersetzen. Die Antragsteller bildeten sich nicht ein, die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu erkennen als diese selbst; aber sie waren der — zweifellos richtigen — Auffassung, daß Bedürfnisse auch manipuliert werden können, daß sie in komplizierten und differenzierten Gesellschaften verschüttet und unterdrückt werden. Trotzdem wurde der Antrag — um keinerlei Unklarheit zu lassen — nicht aufgenommen. Horst Ehmke argumentierte — mit Erfolg — gegen den Antrag: „Weil wirklich das Problem ist, ob wir meinen, wir müssen den Leuten erst einmal beibringen, welches ihre Bedürfnisse sind. So dammlig sind die Leute nicht. (Beifall) Ich will einmal ein Beispiel geben, bei dem wir nicht die Bedürfnisse der

Leute ermittelt haben. Wir haben zum Beispiel gemeint, wir müßten ungeheuer viel Altenheime bauen. Es wäre gelogen, wenn wir sagten, daß wir die Alten vorher danach gefragt haben. Hätten wir sie nämlich gefragt und auf sie gehört, statt schon eine Lösung für sie zu haben, hätten wir festgestellt, daß Altbausanierung, mobile Küchen zur Verpflegung, das Belassen der Alten in ihrer Umgebung, solange es geht, statt sie in teuren Altenheimen zu isolieren, eine Sache gewesen wäre, die für die älteren Menschen besser und auch billiger gewesen wäre. Genau das meinen wir. Wir dürfen nicht meinen, daß wir wissen, welches die Bedürfnisse der Leute sind. Die Partei muß sich daran gewöhnen, erst einmal auf die Leute zu hören.“²²⁾

Mit der — im Sinne von Ehmkes Argumentation — getroffenen Entscheidung hat die SPD sich nicht für den Agnostizismus entschieden. Schon im nächsten Absatz des Orientierungsrahmens wird die Aufgabe der Partei beschworen, eine längerfristige politische Orientierung anzubieten, die es den Menschen erlaubt, einen Maßstab für die Beurteilung tagespolitischer Kompromisse zu gewinnen. Die Diskussion zeigt aber die hohe Sensibilität des Parteitages für erkenntnistheoretische Fragen. Auch der geringste Anschein eines „elitären“ Bewußtseins wurde von den Delegierten vermieden; die Partei verfügt nicht über ein Generalsekretariat für Genauigkeit und Seele, das die Bedürfnisse der Menschen sozusagen deduktiv ermittelt.

III.

Auf dem Mannheimer Parteitag wurden aber nicht nur die Diskussionen von gestern aufgearbeitet; es wurden auch neue Fragen gestellt. Um sie werden die Auseinandersetzungen in den kommenden Jahren geführt werden; und niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß diese Auseinandersetzungen idyllischer sein werden als das Ringen um den Orientierungsrahmen.

Die Grundfrage lautet: Welche moralischen Impulse werden die deutsche Sozialdemokratie antreiben? Mit welchen Themen, mit welchen Konzepten können die Sozialdemokraten die Menschen bewegen und zur aktiven Teilnahme an der „elenden Plackerei“²³⁾ politischen Handelns veranlassen?

²¹⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 55.

²²⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. A 61.

²³⁾ So Helmut Schmidt, Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. 11.

Bruno Friedrich hat diese Frage in der Diskussion um Brandts Rechenschaftsbericht gestellt: „Der moralische Impuls muß auch in den Zeiten der ökonomischen Sachzwänge für die Sozialdemokratie ein unverzichtbarer Motor ihres Wirkens sein. Wir sollten aufpassen, daß der Orientierungsrahmen nicht so etwas wird wie eine instrumentale mechanistische Lösung, und daß dies dann mit Sozialismus identifiziert wird. Genossen, der Klassenkampf war ein moralischer Impuls aus der Situation heraus. Das Godesberger Programm war ein solcher Impuls, ebenso die Gemeinschaftsaufgaben 1963/64 und die Friedenspolitik. Wir wissen aber nicht, welches der moralische Impuls in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist. Dies hat die Partei zu erkunden.“²⁴⁾

²⁴⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 113.

Sie hat in Mannheim die ersten tastenden Versuche zu dieser Erkundung gemacht. Ich sehe drei Probleme, die die deutsche Politik in der zweiten Hälfte der 70er Jahre vor allem anpacken muß und von denen „moralische Impulse“ ausgehen können. Es sind dies das Recht auf Arbeit, die Frauenfrage und die Sicherung der geistigen Freiheit in unserem Land.

1. Recht auf Arbeit

Brandt und Schmidt haben in ihren Parteitage-reden das Thema angeschlagen. Es zog sich dann durch die gesamte Diskussion des Parteitages. Schmidt stellte fest: „Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik dient heute zuerst und vor allem der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze. Für uns ist Arbeit mehr als bloß Geldverdienen. Wir Sozialdemokraten sind immer davon ausgegangen, daß sich der Mensch wesentlich in seiner Arbeit verwirklicht. Ich teile die Überzeugung unserer schwedischen Freunde, die in ihrem Programm ausdrücklich sagen: Arbeit ist ein Grundwert.“²⁵⁾

Ähnlich hat es Brandt in einer Nachlese zum Parteitag gesagt: „Wir werden uns mit einem Dauersockel an Arbeitslosigkeit nicht abfinden, denn es geht aus sozialdemokratischer Sicht nicht an, daß Menschen, die arbeiten wollen, nicht arbeiten können.“²⁶⁾

Die Frage ist nur: Mit welchen Strategien soll das Vollbeschäftigungsziel in einer neuen weltwirtschaftlichen Situation erreicht werden? Dadurch, daß man es — wie manche forderten — in die Verfassung schreibt, wäre nichts gewonnen; der Artikel der Bayerischen Verfassung über den „Genuß der Naturschönheiten“, der jedermann gestattet sei, hat bekanntlich die Versperrung der Ufer des Starnberger Sees durch Private keineswegs behindert. Klaus Riebschläger hat dies in die ebenso berechnete wie beklemmende Frage gekleidet: „Denn was hat der Arbeitnehmer, der keinen Arbeitsplatz hat, in dieser Gesellschaft davon, daß ihm die Sozialdemokratische Partei das Recht auf Arbeit zuspricht und resolutioniert, wenn einer Million im Augenblick keine Arbeitsmöglichkeit verschafft werden kann? Was hat er davon, darf ich einmal bescheiden fragen?“²⁷⁾

Wie ist die Lage? Hans Ulrich Klose hat sie folgendermaßen beschrieben: „Wir werden in den nächsten zehn Jahren erleben, daß die Zahl der deutschen Arbeitskräfte im Bundesgebiet um über eine Million zunimmt... Zu-

gleich erleben wir, daß die Zahl der Arbeitsplätze nicht mehr zunimmt, im industriellen, im produzierenden Bereich schon gar nicht und im Dienstleistungsbereich jedenfalls nicht mehr in dem Umfang, in dem wir es in den vergangenen zwanzig Jahren erlebt haben. Das heißt: wir werden es in den nächsten zehn Jahren mit gegenläufigen Tendenzen zu tun haben: eine steigende Nachfrage nach Arbeitsplätzen und eine abnehmende Zahl von Arbeitsplätzen... Wenn wir nicht entscheidend einwirken, und zwar praktisch und nicht theoretisch, dann laufen wir auf eine Dauerarbeitslosigkeit zu, die sich in etwa in der Größenordnung hält, die wir gegenwärtig haben...“²⁸⁾

Das Problem der „strukturellen Arbeitslosigkeit“ ist dabei selbstverständlich nicht vor allem demographisch (durch stärkere Jahrgänge) bestimmt. In einer der wichtigsten, zukunftsweisendsten Auseinandersetzungen des Parteitages — um die Gründe der Inflation — (die dann auch zu einer der wenigen Änderungen des Textes des Orientierungsrahmens führte) wurde dies deutlich.

Wir stehen heute vor der Tatsache, so kann man diese Diskussion schlagwortartig zusammenfassen, daß Geldentwertung und Unterbeschäftigung sich nicht mehr aufheben, wovon das Stabilitätsgesetz noch ausgehen konnte. Der Mechanismus, den in der Wirtschaftswissenschaft die sogenannte „Phillipskurve“ beschreibt, daß man nämlich Geldwertstabilität mit Unterbeschäftigung und Vollbeschäftigung mit Geldwertverfall erkaufen könne, funktioniert nicht mehr. Heute treten beide „Ungeheuer“ gemeinsam auf und produzieren die „Stagflation“²⁹⁾. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig und kaum erforscht. Jedenfalls haben sowohl der Gleichschritt der Weltkonjunktur als auch die Verachtung der Märkte und neue Erwartungshaltungen der Wirtschaftssubjekte zu dieser Entwicklung beigetragen: Wenn in allen wichtigen Industriegesellschaften der Welt gleichzeitig Rezession herrscht, wird es selbst bei im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften geringeren Preissteigerungsraten kaum zu einer Konjunkturbelebung durch Auslandsnachfrage kommen, und wenn die Bevölkerung eine mit der Expansion und der Nachfragebelebung einhergehende Geldentwertungsrate antizipiert, wird der beabsichtigte Ankurbelungseffekt verpuffen³⁰⁾.

²⁵⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 169.

²⁶⁾ Vgl. den Diskussionsbeitrag von Heinz Rapp, Unkorrigiertes Protokoll, 12. 11. 1975, S. B 14/15.

³⁰⁾ Vgl. dazu im einzelnen: Heinz Rapp, Was ist anders geworden in unserer Wirtschaft?, in: SPD-Pressedienst vom 6. 11. 1975.

²⁵⁾ A. a. O., S. 35.

²⁶⁾ Die Neue Gesellschaft, 1/1976, S. 5.

²⁷⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 141.

In dieser Situation funktionieren alte Rezepte nicht mehr. Weder kann man Vollbeschäftigung erreichen, indem man ein bißchen mehr Inflation riskiert, noch tut man etwas für die Geldwertstabilität, wenn man mehr oder weniger zynisch einen gewissen Grad von Arbeitslosigkeit akzeptiert. Wie kann man also für die Zukunft verhindern, daß 4 oder 5% Arbeitslosigkeit „normal“ werden?

Der Mannheimer Parteitag konnte diese Frage nicht beantworten. Er hat allerdings einige Überlegungen nahegelegt, an denen in der Sozialdemokratie weiter gearbeitet werden wird.

— So ist die Frage gestellt worden, ob Arbeitszeitverkürzungen (mit oder ohne Lohnausgleich) das Problem lösen könnten. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob es richtig wäre, Arbeitszeitverkürzungen als Instrument zur Arbeitsbeschaffung einzusetzen, also sozusagen den vorhandenen „Kuchen“ an Arbeit auf mehr Köpfe aufzuteilen, statt mit einer überlegten Strategie qualifizierten Wachstums mehr (und andere) Arbeit zu schaffen. Wird eine hungernde Welt es uns erlauben, auf mögliches Wachstum zu verzichten und produktive Möglichkeiten ungenutzt zu lassen?

— In eine ähnliche Richtung zielt die Frage, ob es für die Industriestaaten nicht immer notwendiger werden wird, ihren Produktivitätsfortschritt in die Entwicklungsländer „wegzugeben“. Während es dort einen riesigen Bedarf an Gütern aller Art gibt, registrieren Länder wie die Bundesrepublik in vielen, insbesondere gewerblichen Bereichen eine Marktsättigung. Müssen wir den Entwicklungsländern nicht internationale Kaufkraft mitliefern, damit unser Export und unsere Beschäftigung gesichert werden?

— Und schließlich: Wie lange läßt sich eine Politik der Reduzierung der öffentlichen Haushalte im Hinblick auf den Arbeitsmarkt durchhalten? Wenn einerseits die Staatsnachfrage nicht wachsen soll (um Folgekosten, insbesondere beim öffentlichen Dienst, zu vermeiden), andererseits aber zusätzliche gewerbliche Arbeitsplätze — eben aufgrund der Marktsättigung — nicht geschaffen werden können, wo sollen die Menschen dann Arbeit finden? Dauerarbeitslosigkeit ist ja auch nicht umsonst; sie steigert die drückenden Lasten des sozialen Transfers (Arbeitslosenhilfe, Sozialabgaben etc.) und gefährdet u. U. auf längere Sicht das Netz der sozialen Sicherung. Bedarf es deshalb nicht einer staatlichen Politik, Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, und zwar in den Bereichen des

staatlichen Angebots, denen eine zunehmende Nachfrage der Bürger entspricht?

Ich betone ausdrücklich: Dies sind offene Fragen, die in Mannheim angerissen, aber nicht beantwortet wurden. Sowohl die Sozialdemokratie als auch die Gewerkschaften müssen auf diese Fragen Antworten finden; sie verlangen eine neue „Strategie der Arbeiterbewegung“, die über keynesianische Konjunkturpolitik und traditionelle Sozialpolitik ebenso hinausgehen muß wie über eine nur lohnorientierte Tarifpolitik. Einzelne Vorhaben der Reformpolitik, von der Humanisierung der Arbeit bis zur Reform des öffentlichen Dienstes und der beruflichen Bildung, finden sich plötzlich unter dem Leitgedanken „Recht auf Arbeit“ zu einem neuen Sinn zusammen. Es geht um die ökonomische Frage, wie „qualifiziertes Wachstum“ — wie der Orientierungsrahmen es fordert — eigentlich machbar ist; aber es geht auch um die durchaus moralische Frage, wie Menschen zu einem Verhalten bewegt werden können, das „qualifiziertes Wachstum“ und „Vollbeschäftigung“ ermöglicht. Denn die Nachfrage nach sauberem Rheinwasser oder ausreichenden Humandiensten ist zwar ein ökonomisches Datum; aber sie ist nur erreichbar durch eine Klimaänderung, einen „moralischen Impuls“. Wer ihn gibt, bestimmt die Politik des nächsten Jahrzehnts.

2. Frauenfrage

Der Mannheimer Parteitag war ohne Zweifel der Auftakt für eine neue Diskussion um die Frauenfrage in der Sozialdemokratie. Dabei wird die SPD erneut, wie in der Auseinandersetzung mit der Außerparlamentarischen Opposition, einen schmerzhaften sozialen Konflikt stellvertretend für die Gesellschaft austragen — mit all den Nachteilen, die diese ehrenvolle Rolle beim Wähler bringt. Verdrängte oder unterdrückte die Partei diesen Gärungsprozeß, wäre es allerdings noch schlimmer; sie würde dann nämlich die moralischen Energien der Frauenbewegung, die langsam, aber stetig größer werden, in den vopolitischen Raum abschieben, da die Union sich dieser Auseinandersetzung genauso souverän verweigern wird wie der mit der Studentenbewegung der sechziger Jahre.

In Mannheim versuchten die Frauen, „ihr“ Thema — das natürlich ein „gesellschaftliches“ Problem ist — erstmals kontrovers gegenüber der Parteitagsmehrheit zur Sprache zu bringen. Das zeigte sich schon an der Wortmeldungs-Strategie in der Diskussion um Brandts Rechenschaftsbericht; Diskussionsrednerinnen traten bewußt geschlossen auf,

um ein Signal zu setzen. Diese Strategie setzte sich in der Diskussion um den Orientierungsrahmen fort, in der eine Gruppe der Arbeitsgemeinschaft der Frauen zäh um einen Antrag zum Frauenproblem kämpfte und sich auch teilweise durchsetzte. Dabei war der „Ansatz“ der Diskussionsbeiträge noch zur guten Hälfte „traditionell“; aber der sensible Zuhörer spürte, worauf das zusteuert.

Schon Brandt hatte in seinem Rechenschaftsbericht das Thema angerührt: „Die Partei muß sich auf einen neuen Prozeß der Um-schichtung einstellen, da die Frauen in unserem Lande zu mehr politischer Mitverantwortung drängen. Die SPD, die seinerzeit die staatsbürgerliche Gleichheit der Frauen durchgesetzt hat, muß mit der Gleichstellung der Frauen in ihren eigenen Reihen ernst machen (Beifall). Ich frage die Männer, warum sie sich eigentlich abtrotzen lassen wollen, was sie über kurz oder lang ohnehin werden einräumen müssen.“³¹⁾

Die Frage ist ein bißchen rhetorisch; die Männer werden, wenn dieser Prozeß zu Ende kommt, selbstverständlich gewordene Vorrechte abtreten müssen, und die sind allemal nur durch Druck — „abtrotzen“ — zu bekommen.

Ich überschlage die „traditionellen“ Forderungen der Frauen: die berechtigten, allerdings allgemein bekannten sozialpolitischen Probleme von den niedrigen Bruttolöhnen bis zum § 218. Dieser (wichtige, erst noch durchzusetzende) Katalog der Forderungen findet in der Sozialdemokratie breite Unterstützung. Hier ist — worauf Helmut Schmidt mit Recht hinwies — seit 1969 Beachtliches geschehen; auf diesem Weg muß beharrlich weitergegangen werden.

Ich überschlage auch die — zuweilen etwas rührseligen Klagen — über die mangelnde Berücksichtigung der Frauen in den Parlamenten. Denn daß es wenige Frauen in einflußreichen politischen (oder wirtschaftlichen) Positionen gibt, ist nur ein Symptom der allgemeinen Diskriminierung der Frau; es ist nicht durch beredete Klagen, sondern nur durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse aufhebbar.

Viel näher am Problem waren die Analysen der Frauen zur Frauenarbeitslosigkeit; hier trifft sich die Frauenfrage mit der Forderung nach dem „Recht auf Arbeit“. Die Wirtschaftspolitiker arbeiten heute ja, wenn es um Arbeitslosenzahlen geht, ungeniert mit einer „stillen Reserve“: mit den Frauen, die als Arbeitslose in der Statistik gar nicht mehr

auftauchen, weil sie resignieren, wenn sie merken, daß ihre Arbeitskraft nicht mehr „nachgefragt“ wird.

Dieses Problem wurde aggressiv angesprochen. Ute Canaris: „Wie verträgt sich dieses postulierte Recht auf Arbeit mit Artikeln im ‚sozialdemokrat magazin‘, wo in aller Brutalität und Offenheit gesagt wird: Wenn Frauen arbeitslos werden, ist das nicht so schlimm, weil sie ja noch Männer zu Hause haben, die die Haupternährer der Familie sind? Wie verträgt sich das mit dem Recht auf Arbeit, das wir Sozialdemokraten für alle Mitglieder dieser Gesellschaft, für Männer wie für Frauen, vertreten? Sind Frauen eine andere Art oder minderwertigere Art des menschlichen Geschlechts? Das ist die Frage, die sich diese Partei stellen muß.“³²⁾

Der eigentliche Kern der Auseinandersetzung liegt allerdings in der neuen Definition der Rolle der Frau, die sich Bahn brechen wird. Das beginnt mit der (heute noch gänzlich utopischen) Forderung nach einer *Ausbildungspflicht* für alle jungen Menschen, mit der die Bildungsbarrieren für Frauen weggeräumt werden sollen, und es führt hin zu Auseinandersetzungen um die Selbstbestimmung der Frau in Ehe und Familie einschließlich der Probleme der Sexualität, die sozialen Sprengstoff enthalten, weil die im Kern ihrer Mitgliedschaft „kleinbürgerlichen“ großen Volksparteien auf derartige sozialpsychologisch schwierigen Prozesse überhaupt nicht vorbereitet sind.

In Mannheim wurde dieses „Thema“ nur sozusagen nebenbei abgehandelt, etwa in dem Diskussionsbeitrag von Sigrid Skarpelis-Sperk, die ihren Angriff diesmal noch gegen die „Rechtspresse“ richtete: „In den Blättern der Rechtspresse, Genossinnen und Genossen, wird bereits wieder das Hohe Lied der Hausfrau und Mutter gesungen, die selbstverständlich zu Hause und unbezahlt arbeitet und dem Mann um Gottes willen keinen bezahlten Arbeitsplatz wegnimmt.“³³⁾

Niemand sollte sich darüber hinwegtäuschen, welche Wirkung solche — wie ich glaube: notwendigen — kritischen Fragen gerade in der Arbeiterschaft haben werden. Irgendwann wird der Propagandaapparat der Opposition begreifen, daß sich ein militanter Feminismus (der in Mannheim keineswegs artikuliert wurde) noch weit besser gegen die Sozialdemokratie verwenden läßt als so abstrakte Themen wie das „imperative Mandat“ oder die „Doppelstrategie“. Es ist deshalb eine ent-

³¹⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 62.

³²⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 149/50.

³³⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 157.

scheidende Aufgabe der SPD, die Frauenbewegung — wie einst die Außerparlamentarische Opposition — ernst zu nehmen, ihre berechtigten Forderungen aufzugreifen und ihre utopischen Elemente zurückzudrängen. Es könnte der SPD sonst mit der Arbeitsgemeinschaft der Frauen dasselbe passieren, was ihr zwischen 1969 und 1975 mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten passiert ist.

Ulrike Mascher hat das in Mannheim eindeutig ausgesprochen: „Noch eine letzte Bemerkung zur Integration der politisch aktivierten Frauen in unserer Partei. Ich würde es für fatal halten, wenn die Mobilisierung der Frauen an der Bequemlichkeit und Trägheit der Genossen scheitert, wenn sich die Genossinnen dann in die Sackgasse eines militanten Feminismus abdrängen lassen. Ich glaube, die SPD muß die Mobilisierung der Frau offensiv aufgreifen, denn die neue Frauenbewegung ist sicher eine der großen moralischen Bewegungen, von denen Bruno Friedrich gesprochen hat, die die Veränderung unserer Gesellschaft bewirken. Ich glaube, daß die SPD auf diesen Motor ganz sicher nicht verzichten kann.“³⁴⁾

3. Geistige Freiheit

Willy Brandt hat in seinem Rechenschaftsbericht auf ein Problem hingewiesen, das für das intellektuelle Klima in der Bundesrepublik Deutschland erst neuerdings wieder Bedeutung erlangt hat. Als Reaktion auf den politischen Symbolismus der Protestbewegung der 60er Jahre, auf den gelegentlichen Mißbrauch der Freiheit in verschiedenen Institutionen, wie beispielsweise in den Universitäten, haben sich Abwehrmechanismen gebildet, die die geistige Freiheit in diesem Land einengen könnten. Symptome für eine derartige Entwicklung sind die falsche Praxis des Radikalenerlasses in verschiedenen Bundesländern, die „herkömmliche Leistungsideologie“ (Brandt), eine aggressive Medienpolitik, die mit dem Begriff „Ausgewogenheit“ dem freien Kommentar in den Rundfunkanstalten den Garaus machen will und die restriktive Interpretation der Verfassung durch die Konservativen, mit deren Hilfe beispielsweise Fortentwicklungen unserer Wirtschaftsordnung blockiert werden sollen. Der Terrorismus, der mit Mord, Entführung und Erpressung auch direkt in die politische Sphäre eingreift, mußte solche „Reaktionen“ des Staates bzw. der gesellschaftlichen Kräfte noch verstärken.

Brandt beschrieb seine Position folgendermaßen: „Es bedarf nicht der Mahnung, in unse-

rem Land die Freiheit erst zu schaffen. Es bedarf aber der Entschlossenheit aufzupassen, daß in dieser unserer Bundesrepublik nichts ins Rutschen kommt, was wegführt aus der Liberalität, für die im Grundgesetz die Richtpunkte gesetzt worden sind, daß sich auch unter der Hand nichts entwickelt, was den Grundsätzen der freiheitlichen Demokratie zuwiderläuft (Beifall). Dies ist heute mein Appell an den Parteitag, an die gesamte Partei, an das Lager der sozialen Demokratie in unserem Land: Wir alle müsse mithelfen, daß Liberalität und geistige Freiheit nicht Schaden leiden. Wir müssen wachsam sein, damit die freiheitliche Demokratie nicht nur gegen offene Feinde, sondern auch gegen Kleinmut und Torheit bestehen kann.“³⁵⁾

Dieser Anstoß brachte auf dem Mannheimer Parteitag eine Diskussion in Gang, die in der Sozialdemokratie in den nächsten Jahren nicht mehr verstummen dürfte. Der Radikalerlaß, die Verschärfung von Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus, das Unterstrafstellen einer „Befürwortung von Gewalt“, aber auch ein falscher Leistungsdruck an den Schulen (der bei einer ganzen Generation zu Anpassung und Duckmäusertum führen könnte) waren die Sachthemen dieser Debatte.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Sozialdemokratie gerade dieses Problem mit Nachdruck ins öffentliche Bewußtsein bringen muß. Dabei darf man sich nicht täuschen: Die Vermittlung dieses „moralischen Impulses“ an die breiten Schichten der Bevölkerung, auch an große Teile der Arbeitnehmerschaft, ist kompliziert. Eine gut angelegte, rücksichtslose Propaganda, die auf dem Sicherheitsbedürfnis und dem Antikommunismus der Mehrheit der Bevölkerung aufbaut, kann überaus wirkungsvoll sein und kann die Mehrheitschancen einer politischen Partei, die für geistige Liberalität kämpft, empfindlich schwächen.

Der Mannheimer Parteitag bemühte sich denn auch, differenzierte Instrumente für die geistige Auseinandersetzung zur Verfügung zu stellen. So wurde das Problem „Leistung“ so analysiert, daß niemand diese Analyse zum Anlaß nehmen konnte, der Sozialdemokratie pauschal Leistungsfeindlichkeit zu unterstellen. In den Orientierungsrahmen wurde neu eine Passage über den Leistungsbegriff eingefügt, die es ermöglicht, einen falschen Leistungstreß (beispielsweise in den Schulen) zu bekämpfen, ohne das gesellschaftliche Grundbedürfnis nach erfolgreicher Leistungskonkurrenz in Frage zu stellen.

³⁴⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 160.

³⁵⁾ Unkorrigiertes Protokoll, 11. 11. 1975, S. 74.

Der Parteitag beschloß: „Der herkömmliche Leistungsbegriff engt die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und Lebenserfüllung ein. Er berücksichtigt ausschließlich ziel- und zweckgerichtetes Verhalten, insbesondere das Streben nach sozialem Aufstieg. Mehr Macht, mehr Prestige oder mehr Geld allein verbürgen aber weder ein sinnvolles Leben des einzelnen noch der Gesellschaft insgesamt. Materielle Sicherheit ist zwar die notwendige Voraussetzung eines menschwürdigen Daseins, aber nicht dieses selbst. Ohne Lebensgenuß und Bildung, ohne Freundschaft und Liebe, ohne das Streben nach Wahrheit und ohne jede innere Befriedigung, die aus Quellen wie der philosophischen Einsicht oder dem religiösen Glauben erwächst, ist menschliches Leben sinnlos. Die Enge des herkömmlichen Leistungsbegriffs wirkt sich nicht nur im ökonomischen und politischen Bereich aus, sondern auch in der Erziehung und dem geistig kulturellen Leben. Einseitige und überspitzte Leistungsanforderungen können — gerade bei Kindern und Jugendlichen — einen seelischen Druck erzeugen, der die Leistungsfähigkeit eher mindert als fördert.“³⁶⁾

Diese Formulierung bietet die programmatische Grundlage für die dringend notwendigen Auseinandersetzungen um die Lehrpläne in unseren Schulen, um das System unserer Hochschulzulassung, um den Sinn von Erziehung. Diese Auseinandersetzungen, die in den vergangenen Jahren kaum eine Rolle spielten und die von den Streitigkeiten um Preissteigerungen und Wachstumsraten erdrückt wurden, werden in der zweiten Hälfte der 70er

IV.

In den Personalentscheidungen, die auf dem Mannheimer Parteitag der SPD getroffen wurden, sind die Ergebnisse des Hannoverischen Parteitages 1973 bestätigt worden. In Hannover wurden erstmals wieder nach einer Reihe von Jahren alle relevanten Gruppierungen der Partei an der Führung beteiligt. Die Unterrepräsentation des linken Flügels in den späten 60er Jahren wurde ausgeglichen, die politische Struktur der Führung wurde der politischen Struktur der Gesamtpartei wieder angenähert. Der Mannheimer Parteitag hat diese Entwicklung konsolidiert.

Insbesondere die Tatsache, daß der Bundeskanzler und der Parteivorsitzende (bei einem

³⁶⁾ Orientierungsrahmen, a. a. O., S. 13.

Jahre zunehmende Bedeutung erlangen. Nach Mannheim ist die SPD für diese Auseinandersetzungen besser gerüstet als vorher.

Die Partei tastete sich insbesondere in dieser Debatte an ein bedeutungsvolles strategisches Problem heran. In der Auseinandersetzung um geistige Freiheit geht es oft so, daß die Opposition offensiv wird und daß sie die demokratische Zuverlässigkeit der Sozialdemokraten in Zweifel zieht. Wenn die Partei dann, um derartige Angriffe abzublocken, auf bestimmte Forderungen und Vorschläge eingeht, kann es geschehen, daß sie sich mehr schadet, als wenn sie diese Forderungen schroff ablehnte. Es kann nämlich vorkommen, daß das Sicheinlassen auf diese Forderungen des politischen Gegners der Sozialdemokratie innerparteilich eine Diskussion aufdrängt, die langwieriger und (für den politischen Gegner) auswertbarer ist als eine entschiedene Absage von vornherein.

Dieser Gedanke, den ich eben vorsichtig zu formulieren versucht habe, enthält natürlich keinerlei Patentrezept für die Diskussionen um innere Sicherheit, Verfassungstreue und geistige Freiheit. Die Forderungen der Opposition können im Einzelfall berechtigt sein; sie können im Einzelfall soviel Überzeugungskraft für die breiten Schichten der Wähler entfalten, daß ihnen kaum zu widerstehen ist. Aber der Mannheimer Parteitag hat unbestreitbar gezeigt, daß ein Teil der Sozialdemokraten beim Thema „geistige Freiheit“ den Punkt erreicht sieht, an dem von Verteidigung auf Angriff umgeschaltet werden muß. Auch diese Tendenz wird nachhaltig in die Zukunft weiterwirken³⁷⁾.

nur geringfügigen Unterschied der abgegebenen Stimmen) die gleiche Stimmenzahl erreichen konnten, zeigt, daß alle Strömungen der Partei die Auseinandersetzung um graduelle Unterschiede in der politischen Konzeption zurückstellen wollen.

Diese Entwicklung wurde auch durch die Tatsache begünstigt, daß sich der linke und rechte Flügel in Mannheim etwa gleich stark gegenüberstanden; beide Gruppierungen verfügten etwa über 160—180 Delegierte. Die Bereitschaft der Gruppen, von den listenmäßig erfaßten Personalvorschlägen des eigenen Lagers abzuweichen, war gegenüber früheren

³⁷⁾ Eine etwas andere Position vertrat H. J. Vogel in seiner Rede anläßlich der 2./3. Lesung des Entwurfs des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes am 16. 1. 1976 im Deutschen Bundestag.

parteitagen deutlich gewachsen. Insbesondere wurden die „politischen“ Loyalitäten durch „regionale“ Loyalitäten überlagert; so waren die personellen Empfehlungen des mitgliederstärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zumindest so wirksam wie die Empfehlungen der „Rechten“ oder „Linken“. Aber eine „Mitte“ als — auch personalpolitisch wirksame — pressure-group gab es, wie auch auf früheren SPD-Parteitag, nicht. Es gab und gibt in der SPD mittlere, vermittelnde politische Temperamente; aber sie sind in den rechten oder linken Flügel integriert.

Die innere Situation der SPD, wie ich sie eben geschildert habe, war auch in Hannover schon erkennbar. Das Charakteristische des Mannheimer Parteitages war, daß er — wie es der Parteivorsitzende Brandt ausdrückte — personalpolitisch, *nicht* inhaltlich auf „Kugellagern“ lief. Vor dem Parteitag hatten intensive Kontakte zwischen den Flügeln, auf der Linken koordiniert von Harry Ristock, auf der Rechten von Heinz Ruhнау, stattgefunden. Durch diese Gespräche wurden sachliche Kompromisse erzielt und persönliche Spannungen zwischen den Flügeln abgebaut.

Personalpolitisch bedeutet dies, daß auf Bundesebene das Berliner Modell der „Konzentration der Kräfte“ annäherungsweise übernommen wurde. Ganz abgesehen von der allgemeinen Bereitschaft, die *Führungsspitze* gemeinsam zu tragen, wählte der linke Flügel die Repräsentanten der Rechten, der rechte Flügel die Repräsentanten der Linken. Vor allem der linke Flügel erreichte dadurch das selbstgesteckte Ziel, seine Bündnisfähigkeit nachzuweisen. Das Modell der „Konzentration der Kräfte“ hat dabei auf Bundesebene die gleichen Vorteile und die gleichen Schwächen, die aus der Berliner Situation bekannt sind: einerseits den Vorteil der Berechenbarkeit und die Ausschaltung einer selbstzerstörerischen Personalkonkurrenz, andererseits Verhärtung der Fronten und Bürokratisierung der Personalauswahl.

Die Personalentscheidungen des Mannheimer Parteitages waren, ebenso wie seine Sachentscheidungen, die Voraussetzung für ein geschlossenes Auftreten der Sozialdemokratie in der Bundestags-Wahlauseinandersetzung 1976. Insofern haben sie der Partei ohne Zweifel genützt. Die Gefahr des „Mannheimer Modells“ liegt allerdings darin, daß bei einer Zuspitzung der innerparteilichen Konflikte das Gegenüber von formalisierten Gruppen erneut dazu führen könnte, daß bei vielen die Loyalität zur Gruppe stärker ist als die Loya-

lität zur Gesamtpartei. Diese Gefahr ist um so größer, je inhaltsleerer die Personaldiskussion geführt wird.

Meine These ist, daß die große Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition die beiden Flügel der Sozialdemokratie einander angenähert hat. Diese Annäherung, die das Ergebnis einer geistigen Auseinandersetzung ist, könnte aber, wenn der Wind wieder schärfer bläst, durch die personell bedingten Loyalitäten innerhalb der Gruppierungen, durch die gewachsenen Freundschaften und Abhängigkeiten, gefährdet werden. Leute, die sich als vernünftige Gesprächspartner kennengelernt haben, könnten — in einer Situation verschärften Problemdrucks in der Gesellschaft — gegeneinander getrieben werden, nur weil sie verschiedenen „Flügeln“ angehören. Gerade dieser Gefahr muß vorgebeugt werden.

Es ist deshalb dringend notwendig, daß der Prozeß der Differenzierung, der durch den Dialog zwischen Sozialdemokraten verschiedener politischer Prägung zustande gekommen ist, weitergeführt wird. Das Ziel dieses Dialogs muß es sein, die mehr oder weniger formalisierten Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie noch stärker aufzulockern, als dies in den letzten Jahren schon gelungen ist. Die Parole muß lauten: Sich auf den Wahlkampf, die große Auseinandersetzung mit der Opposition, zu konzentrieren, aber gleichzeitig darüber nachdenken, was nach der Wahl innerparteilich geschehen kann und geschehen muß.

Die Lösung des Problems liegt aber mit Sicherheit nicht in einer neuen Art von Fraktionsbildung. Der demokratische Sozialismus braucht, wie fast immer in seiner Geschichte, dringend ein *zentristisches* Konzept. Dies gewinnt er jedoch nicht durch die Bildung einer zentristischen *Fraktion*; wichtiger ist das Einsickern von zentristischem „Geist“ in die bestehenden Gruppierungen. Dieser (intellektuelle) Prozeß muß gefördert werden.

Die entscheidende Rolle bei diesem Prozeß werden dabei, gemäß der innerparteilichen Struktur der SPD, die ordentlichen Gliederungen der Partei, insbesondere die Bezirke übernehmen müssen. Ihre Aufgabe ist es, den Dialog zwischen den unterschiedlichen Grundhaltungen zu organisieren, aus diesem Dialog die „moralischen Impulse“ zu gewinnen und sie an die Bevölkerung zu vermitteln: Vertrauensarbeit! Der Mannheimer Parteitag hat die Chance erhöht, daß diese schwierige Aufgabe in schwieriger Zeit gelingen kann.

Grundwerte in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Die parteipolitische Szene der Bundesrepublik Deutschland war in den letzten Jahren durch ein von vielen als verwirrend empfundenen Phänomen gekennzeichnet: Während sich der Streit zwischen Regierung und Opposition verschärfte, erklärten sich alle Beteiligten in ihren programmatischen Äußerungen für die gleichen „Grundwerte“. Dies mag einerseits als ein für jedes demokratische Gemeinwesen notwendiger Grundkonsensus gedeutet und begrüßt werden, andererseits erweckt diese Übereinstimmung im Bekenntnis bei gleichzeitiger Gegensätzlichkeit in der praktischen Politik den Verdacht, daß diese „Grundwerte“ über die wirklichen Motive, Absichten und Zielvorstellungen der Parteien nichts besagen, ja daß die Berufung auf sie nur deren Camoufflierung dienen sollte.

Die SPD konnte durch ihren Mannheimer Parteitag vom November 1975, was ihre eigene Haltung angeht, solch einen Verdacht von sich weisen und entkräften. Nach fünfjähriger Arbeit mehrerer Kommissionen und einer intensiv geführten Diskussion in der Partei verabschiedete der Parteitag einstimmig den „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975—1985“ (OR '85). Damit wurde der zwei Jahre zuvor vom Hannoveraner Parteitag erteilte Auftrag erfüllt, „auf der Grundlage des Godesberger Programms die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu präzisieren und zu konkretisieren, eingetretene und zu erwartende gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren und aufzuzeigen, wie durch Reformen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität verändert werden kann“¹⁾. Was Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die im Godesberger Programm von 1959 niedergelegten Grundwerte, für die deutsche Sozialdemokratie im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts bedeuteten, das wird im OR '85 ausgeführt. Diese Grundwerte liefern dort den Maßstab zur Untersuchung und Beurteilung des Bezugsrahmens und der Bedingungen politischen Handelns heute und in vorhersehbarer Zukunft sowie den Wegweiser für die Aufgaben und Schwerpunktsetzungen sozialdemokratischer Politik.

Erst aufgrund konkreter, an aktuellen Sachfragen orientierter Analyse und Programmatik, für die der OR '85 ein in der Bundesrepublik vorläufig einzigartiges Beispiel bietet, lassen sich mit den Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität inhaltliche Vorstellungen verbinden, die dem einzelnen ein Urteil darüber ermöglichen, was die betreffende Partei unter diesen Grundwerten versteht und welches Gewicht sie ihnen bei ihren Entscheidungen zumißt. Durch die detaillierten Aussagen des OR '85 ist der mitunter erhobene Vorwurf widerlegt, bei den Grundwerten des Godesberger Programms handele es sich um „Leerformeln“, bar jeder Konsequenz für das politische Handeln der SPD. Eine für das Erscheinungsbild dieser Partei und das Selbstverständnis ihrer Mitglieder nicht unerhebliche Frage bleibt dennoch nur ungenügend beantwortet: Wie verhält sich die Entscheidung der Sozialdemokraten, die Trias der Grundwerte an die Spitze ihres Grundsatzprogramms zu stellen, zur Tradition der deutschen Arbeiterbewegung? Warum wurde gerade dieser Trias — Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität — der Rang von „Grundwerten“ zuerkannt? Welchen Stellenwert hat sie im Verlauf der langen, wechselvollen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie besessen? Im OR '85 heißt es dazu nur sehr summarisch: „Die deutsche Sozialdemokratie hat seit jeher in Solidarität mit den Unterdrückten und Benachteiligten für politische Freiheit und Gerechtigkeit gestritten und die heutige rechtsstaatliche Demokratie erkämpft.“²⁾ Diese Feststellung bedarf der Interpretation durch einen Rückblick auf die Parteigeschichte.

Anfänge der Arbeiterbewegung

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 in Leipzig gilt als die Geburtsstunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als die SPD im Jahre 1963 ihr hundertjähriges Jubiläum feierte, folgte sie einer im Bewußtsein der Partei seit Jahrzehnten verankerten Tradition. Weniger

¹⁾ Siehe Vorbemerkung zu der in Mannheim verabschiedeten Fassung des OR '85.

²⁾ OR '85, S. 15.

klar war sie sich jedoch der Tatsache bewußt, daß der Lassalleschen Parteigründung eine bis in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichende Bewegung vorausgegangen war, deren Bestrebungen sich auf Ziele richteten, die erst sehr viel später in organisatorischer Kontinuität verfolgt werden konnten. Zu dieser Bewegung gehörten hauptsächlich von deutschen Handwerksgelesen und emigrierten Intellektuellen getragene Vereinigungen im Ausland wie Neues Deutschland, Junges Deutschland, Bund der Geächteten, Bund der Gerechten. Kennzeichnend ist das Programm, das 1834 vom „Bund der Geächteten“ unter der Überschrift „Menschen- und Bürgerrechte“ in Paris herausgegeben wurde. Seine ersten fünf Artikel lauten:

„Art. 1. Der Zweck der Gesellschaft ist das Glück aller ihrer Glieder.

Art. 2. Um dieses Glück zu sichern, muß die Gesellschaft einem jeden verbürgen: Sicherheit der Person;

Die Mittel, sich auf eine leichte Weise ein Auskommen zu verschaffen, welches ihm nicht nur die Bedürfnisse des Lebens, sondern auch eine menschenwürdige Stellung in der Gesellschaft sichert;

Entwicklung seiner Anlagen;

Freiheit;

Widerstand gegen Unterdrückung;

Art. 3. Da alle Bürger, wie groß immer die Verschiedenheit ihrer Kräfte sein mag, ein gleiches Recht auf diese Zusicherung haben, so ist Gleichheit das Grundgesetz der Gesellschaft.

Art. 4. Die Sicherheit entspringt aus der Mitwirkung Aller zum Schutze der Person und der Rechte jedes Einzelnen und zur sicheren Bestrafung dessen, der sie beeinträchtigt.

Art. 5. Das Gesetz schützt die öffentliche und persönliche Freiheit gegen die Unterdrückung derer, welche regieren. Es hält das Volk für gut, die Beamten für zugänglich dem Irrtum und der Verführung.“

Unverkennbar ist in diesem Dokument der Einfluß der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der Deklaration der französischen Nationalversammlung vom 26. August 1789. Von der Idee der Menschenrechte waren diese Auslandsvereine, die von der heutigen Geschichtsschreibung als „Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung“³⁾

betrachtet werden, bei ihren Plänen für „eine von Grund auf neue, bessere Welt“⁴⁾ inspiriert. Es lag in erster Linie an der Situation in dem staatlich zersplitterten, industriell unentwickelten und politisch repressiv-reaktionären Deutschland, daß solche Programme Zukunftsvisionen darstellten und keine realistischen Wege zu ihrer Verwirklichung wiesen.

„Die „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“

Erst die Revolution von 1848 gab der Arbeiterbewegung die Möglichkeit, auf deutschem Boden als politische Kraft mit präzisierten Vorstellungen, Forderungen und Aktionen aufzutreten. Unter dem bezeichnenden Namen „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“ wurde, vornehmlich durch die Tatkraft des jungen Schriftsetzers Stephan Born, eine Organisation ins Leben gerufen, die sich die Aufgabe stellte, die Arbeiter mit Selbstbewußtsein zu erfüllen und die Anerkennung ihrer Interessen durchzusetzen. Der Berliner Gründungskongreß der Arbeiterverbrüderung vom 2. September 1848 übersandte der in Frankfurt tagenden Nationalversammlung ein Manifest, in dem er die von ihm beschlossenen „Grundzüge einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden Organisation“ darstellt und „zu geneigter Berücksichtigung bei der Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes angelegentlichst empfiehlt“. Der Wahlspruch der Arbeiterverbrüderung „Einer für Alle, Alle für Einen“ war Ausdruck des Leitgedankens dieser Organisation: durch solidarische Selbsthilfe das Los der Arbeiter zu erleichtern. Die Vereine der „Arbeiterverbrüderung“ richteten genossenschaftliche Unternehmungen, Krankenkassen und Kassen für die Unterstützung der Handwerksgelesen auf Wanderschaft ein, die auch noch eine kurze Zeit weiterbestanden, als bereits ihre Hoffnung auf Erfüllung ihrer Forderungen durch die Paulskirchenversammlung — Koalitionsfreiheit und Arbeitsnachweis, sozialpolitische Maßnahmen und Besserung der Arbeitsbedingungen — gescheitert war.

Die „Arbeiterverbrüderung“ teilte das Schicksal der mißglückten Revolution von 1848/49. In ihrer kurzen Wirkungszeit verkörperte sie jedoch bereits Elemente, die für die Praxis der Arbeiterbewegung konstitutiv wurden: den Anspruch auf politische Gleichberechtigung der Arbeiter und auf Berücksichtigung ihrer besonderen Interessen als sozial schwächste Gruppe der Gesellschaft; das Be-

³⁾ Vgl. das gleichnamige Buch von Wolfgang Schieder, Stuttgart 1963.

⁴⁾ Schieder, a. a. O., S. 309.

mühen, auf parlamentarischem Wege diesen Interessen Geltung zu verschaffen; das Vertrauen, durch verfassungsmäßig verankerte „Grundrechte“, Freiheit und Gerechtigkeit für „das Volk“ sichern zu können; und schließlich die Überzeugung, daß Solidarität die unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Bestrebungen einer um ihre Rechte kämpfenden Gruppe ist. Die „Arbeiterverbrüderung“ bildete einen integralen Bestandteil der 1848 in Deutschland zum Durchbruch gekommenen — und zunächst durch staatliche Unterdrückung verschütteten — demokratischen Strömung, der sie die ersten Ansätze einer nach zeitgerechten Prinzipien organisierten Arbeiterschaft zuführte.

Marx und Engels als Programmatiker

Die „Arbeiterverbrüderung“ kann, um einen später aufgekommenen Begriff zu gebrauchen, als Vorläufer des Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet werden. In das Revolutionsjahr 1848 fällt aber auch die Herausgabe des Dokuments, das von deren revolutionärem Flügel als „Grundstein der modernen Arbeiterbewegung“ (so Wilhelm Liebknecht 1896) betrachtet wird: das Kommunistische Manifest, verfaßt von Karl Marx und Friedrich Engels im Auftrag des „Bundes der Kommunisten“.

Allen idealistischen Entwürfen über eine kommende Gesellschaft und allen Bestrebungen, im Rahmen der bestehenden Ordnung die Menschenrechte für alle verwirklichen zu können, erteilen die Verfasser des „Manifests“ eine Absage: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“. Und als der „nächste Zweck der Kommunisten“ wird verkündet: „Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ Daß dies nicht auf friedlichem Wege geschehen kann, wird klar gestellt: „Wenn das Proletariat ... durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegengesatzes der Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ih-

ren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Über die „Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien“ heißt es: „... die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage ... als die Grundfrage der Bewegung hervor.“ Während der Gesamttext im Stil apodiktischer deskriptiver Aussagen gehalten ist, schließt das Manifest abrupt mit einem wuchtigen Appell: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Wenn auch das „Kommunistische Manifest“ in der deutschen Sozialdemokratie erst von den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an allgemein bekannt wurde, also zu einer Zeit, als sie sich bereits konstituiert und sich ihre ersten Programme gegeben hatte, muß es doch bereits an dieser Stelle erwähnt werden. Denn die unspektakulären, auf realisierbare Verbesserungen gerichteten Äußerungen und Taten der „Arbeiterverbrüderung“ und die sich auf den unerbittlichen Gang der Geschichte berufende Kampfansage des „Kommunistischen Manifests“ gehören beide von Anfang an zur Geschichte der Sozialdemokratie. Und es zeigte sich, wie Dieter Dowe schreibt, „bereits in dieser frühen Phase der deutschen Arbeiterbewegung jener Dualismus von sozialer Revolution und sozialer Reform ... , der in den späteren Auseinandersetzungen eine so wichtige Rolle gespielt hat“⁵⁾.

Die Haltung von Marx und Engels zu den Menschenrechten generell kann hier übergangen werden, zumal diese Frage von Willy Strzelewicz bereits vorzüglich behandelt wurde⁶⁾. Erwähnt sei jedoch, daß sich Marx in den Dokumenten, die dem Bewußtseinsstand und der Gefühlslage eines internationalen Kreises von Sozialisten und Demokraten in einem weit höheren Maße entsprechen mußten als das „Kommunistische Manifest“ (das das Programm eines kleinen Geheimbundes war), nämlich in der Inauguraladresse und in den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) von 1864, jeder Herabsetzung von „Ideen“, „Prinzipien“ und „Weltverbesserern“

⁵⁾ Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. u. eingel. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 10.

⁶⁾ Der Kampf um die Menschenrechte, Frankfurt a. M. 1968, S. 127—137 u. S. 167—176.

enthält. Die von ihm entworfenen Statuten erklärten in ihrer vom Kongreß der IAA 1866 angenommenen Fassung, es sei „Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern“. Es ist auch kein Zufall, daß in der deutschen Arbeiterbewegung diese Statuten früher bekannt und als programmatische Aussage akzeptiert wurden als das „Kommunistische Manifest“.

Auf dem Nürnberger Arbeitervereinstag (1868) gelang es dessen Vorsitzendem, August Bebel, eine Mehrheit für ein Programm zu gewinnen, das die Leitgedanken der Gründungsdokumente der Internationalen Arbeiterassoziation übernahm und den Anschluß an diese erklärte: Die Emanzipation der arbeitenden Klassen müsse durch diese selber erkämpft werden; das Ziel dieses Kampfes sei die Abschaffung aller Klassenherrschaft; die „ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von den Monopolisten“ bilde die „Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit“; die politische Freiheit sei die unentbehrliche Vorbedingung für die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen und die Lösung der sozialen Frage daher nur im demokratischen Staat möglich. Das Programm schließt mit einem Bekenntnis zur internationalen Solidarität der Arbeiter und der Erklärung zum Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation.

Ferdinand Lassalle und August Bebel

Die Politisierung der Arbeitervereine, die Bebel, Wilhelm Liebknecht und deren engere politische Freunde in Nürnberg erreichten, war eine der Vorbedingungen für die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach im August 1869, deren führende Männer Bebel und Liebknecht waren. Um diese Zeit bestand jedoch bereits eine politische Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie nach den auf die Revolution von 1848 folgenden Jahren der Reaktion wieder ins Leben gerufen zu haben, war, um Karl Marx zu zitieren, das „unsterbliche Verdienst“ von Ferdinand Lassalle. Lassalles Reden und Schriften leisteten in den frühen sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die wirkungsvollste Werbung für die sozialistische Idee in Deutschland. Seine Rede „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, die er am 12. April 1862 vor Arbeitern der großen Maschinenfabriken im Norden Berlins

gehalten hat und die unter dem Titel „Arbeiterprogramm“ in die Literatur einging, veranlaßte ein in Leipzig gebildetes „Central-Comité zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeitertages“, Lassalle um konkrete programmatische Vorschläge zu bitten. Die Konstituierung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) am 23. Mai 1863 unter der Präsidentschaft Lassalles war die unmittelbare Folge des Anstoßes, der vom „Arbeiterprogramm“ ausgegangen war. Die Resonanz, die es fand, ist in erster Linie auf seinen Appell zurückzuführen, daß der „Arbeiterstand“, der „vierte Stand“, zu der historischen Aufgabe bestimmt sei, zum herrschenden Stand im Staate zu werden, um den Staat seinem wahren Zweck entsprechend zu gestalten: für „die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit“. Ein Staat unter der „Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes“ würde „einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit herbeiführen, wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte“.

Den Arbeitern selber rief Lassalle zu, sie hätten „die Pflicht einer ganz neuen Haltung“, denn: „Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefsittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt ... ist.“ Bereits im „Arbeiterprogramm“ erklärte Lassalle zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiter die Erkämpfung des allgemeinen, direkten Wahlrechts. In seiner zweiten berühmten Programmschrift, dem „Offenen Antwortschreiben“, werden ferner Produktionsassoziationen mit Staatskredit gefordert, um die Arbeiter aus der Lohnabhängigkeit zu lösen, sie selber zu Unternehmern zu machen und ihnen so ihren vollen „Arbeitsertrag“ zu sichern.

Was Lassalle den Arbeitern bedeutete und was er ihnen verhieß, hat nach dessen Tode der Gründer der Zigarrenarbeitergewerkschaft, F. W. Fritzsche, in einem langen Gedicht zum 2. Stiftungsfest des ADAV in Leipzig (1865) zum Ausdruck gebracht, dem nur folgende Zeilen entnommen seien:

„Demosthenes in seinen Reden,
In krit'scher Schärfe Lessing gleich,
Ein Jonathan für einen jeden,
Der sich bekennt zu seinem Reich.
Zum Reich der wahren Bruderliebe,
Der Wahrheit und Gerechtigkeit!
Und daß nicht Ideal nur bliebe
Dies Reich der Allgerechtigkeit,
Hat er voll Ernst den *Bund* gegründet,
Dess' Stiftungsfest wir heut' begehen.“

Das Gothaer Programm

Trotz der hauptsächlich durch tagespolitische Stellungnahmen und persönliche Aversionen bedingten Streitigkeiten zwischen den Anhängern des ADAV und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bestand zwischen ihnen Übereinstimmung in grundsätzlichen Forderungen: demokratische Rechte für alle Staatsbürger und Abschaffung des „Lohnsystems“ durch genossenschaftliche Organisation der Arbeit.

Das Verhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit sahen die Lassalleaner nicht anders als es August Bebel in seiner Schrift „Unsere Ziele“ ⁷⁾ erläuterte:

„Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht betroffen werde. Das sind drei Dinge, die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen. Der Staat soll allerdings — so meinen auch die Sozialdemokraten — die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe. Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn *ökonomische Ungleichheit* existiert. ... an einem Staat, in dem die politische Freiheit bloß der Zweck ist, hat der Arbeiter wenig Interesse. ... Was nützt ihm die bloße politische Freiheit, wenn er dabei hungert ... , um schließlich elend zugrunde zu gehen? ... als Zweck betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens.“

Dem Zusammenschluß von Lassalleanern und Eisenachern, der 1875 in Gotha erfolgte, standen keine ideologischen Differenzen im Wege. Es war der Sprecher des ADAV, der die „rückhaltlose Anerkennung des Klassenkampfes“ durch beide Parteien als Bedingung ihrer Verschmelzung anmeldete. Das von Wilhelm Liebknecht verfaßte Programm von Gotha erfüllte diese Forderung durch den in seinen ersten Teil aufgenommenen Satz: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“ Die zunächst erfolglos gebliebene ätzende Kritik von Marx am Programmwurf, der

⁷⁾ 1869 erschienen; hier zitiert nach der 14. Aufl., Berlin 1913, S. 17 ff.

sich Engels anschloß, ist bekannt. Das Gothaer Programm sei, wie Engels höhnischeschrieb, ein Gemisch aus „Lassalleschen Phrasen und Stichwörtern“ [z. B. „Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes“], „einer Reihe vulgär-demokratischer Forderungen ... der Volkspartei“ [der Bebel und W. Liebknecht bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehört] und „einer Anzahl kommunistisch sein sollender Sätze“ [womit wohl vor allem die Forderung nach „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft“ gemeint war].

Die Tatsache, daß nach der Publizierung des Entwurfs weder von den Mitgliedern noch von den Delegierten in Gotha grundsätzliche Einwände gegen ihn erhoben wurden (allerdings hatten einige führende Sozialdemokraten, so Bebel und Wilhelm Bracke, erhebliche Bedenken), beweist, daß Liebknechts Konzeption den damals in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschenden Auffassungen durchaus entsprach: Sie basierten nicht auf einem theoretischen Lehrgebäude, sondern waren, wie Bernstein später schrieb, durch Eklektizismus gekennzeichnet. Zu den auch von bürgerlichen Demokraten geteilten Forderungen nach politischen Freiheitsrechten kam als charakteristisch sozialdemokratisches Element die Forderung nach Gerechtigkeit in ökonomischer Hinsicht hinzu. Der Frage des Eigentums wurde eine zentrale Position zuerkannt, die auch konstitutiv war für den Klassenbegriff und der aus ihm abgeleiteten Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes. Diesen Klassenkampf zur Durchsetzung von Gerechtigkeit und Freiheit führen zu können, setzte die Solidarität der Unterprivilegierten voraus, das heißt ihren Zusammenschluß in einer zielbewußten, effektiven Organisation. Die „Grundwerte“ der Französischen Revolution erfuhren also durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine inhaltliche Erweiterung und Vertiefung, die durch die Lage und Bedürfnisse des „Vierten Standes“ bedingt waren.

Das Erfurter Programm

Die Annahme des Erfurter Programms von 1891, bei dessen Abfassung — nach Engels' Worten — die Marxsche Kritik des Gothaer Programmwurfs „komplett durchgeschlagen hat“, markiert den Übergang der deutschen Sozialdemokratie von einer in ihren theoretischen Grundlagen eklektizistischen zu einer marxistischen Partei. Zum erstenmal wird in einem Programm dieser Partei eine klare Trennung zwischen einem „grundsätzli-

chen" und einem „praktischen“ Teil vorgenommen. Der grundsätzliche Teil besteht im wesentlichen aus einer Gesellschaftsanalyse und Geschichtsprognose, die das 24. Kapitel (7. Abschnitt) des Marx'schen „Kapital“ paraphrasiert. Das Fazit sowohl von Analyse als auch Prognose wird in dem Satz gezogen, der für Bewußtseinsbildung und Zielvorstellung der Sozialdemokraten von größter Bedeutung wurde:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.“

Wenn auch in allen sozialdemokratischen Programmen die Frage des Eigentums einen zentralen Platz einnahm, so wurde doch bis Erfurt in keinem die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit der gleichen Radikalität und Ausschließlichkeit gefordert wie hier. Und erst seit der Geltung des Erfurter Programms läßt sich eine Identifizierung von „Sozialismus“ mit „Sozialisierung“ feststellen. Wenn es im „grundsätzlichen“ Teil des Erfurter Programms heißt, es sei Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, dem „Kampf der Arbeiterklasse . . . sein naturnotwendiges Ziel zu weisen“, so ist damit zweifellos die Vergesellschaftung der Produktionsmittel gemeint. (Vermerkt sei, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel die Zielvorstellung auch nicht-marxistischer Parteien bildete. So hat z. B. die britische Labour Party an ihr länger und zäher festgehalten als die SPD.) Allerdings schließt dieser Teil des Programms mit einer weiteren Aussage über den Kampf der Partei:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht nur die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, rich-

te sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

Der zweite, der „praktische“ Teil des Erfurter Programms nimmt im wesentlichen den bereits im Gothaer Programm aufgestellten Katalog von Forderungen wieder auf, den er in einigen Punkten präzisiert und erweitert. Er sieht gesetzgeberische Maßnahmen und die Errichtung von Institutionen zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und zur Berücksichtigung spezifischer Interessen der Arbeiter vor. Während die Erreichung des im ersten Teil des Programms aufgezeigten „naturnotwendigen Ziels“ eine radikale Änderung der Struktur der bestehenden Gesellschaft voraussetzte, richteten sich die Forderungen des zweiten Teils an die Legislative und Exekutive des bestehenden Staates. Der erste Teil prognostizierte also unter Berufung auf die geschichtliche Entwicklung, die zu einer zunehmenden Zuspitzung der Klassengegensätze und mit ihr parallel laufenden Verschärfung des Klassenkampfes führe, die Unvermeidlichkeit einer sozialen Revolution. Der zweite Teil hingegen verlangte Reformen in Richtung auf mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit.

Der Revisionismusstreit

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um das theoretische Selbstverständnis der Partei, die im sogenannten „Revisionismusstreit“ ihren Höhepunkt fanden, lassen sich — wenn eine Schematisierung erlaubt ist — auf die Gegensätzlichkeit in der Konzeption der beiden Teile des Erfurter Programms zurückführen. Eduard Bernstein, dem es um die Übereinstimmung von Theorie und Praxis ging, forderte die Sozialdemokratie auf, die Propagierung eines nur durch eine Revolution realisierbaren „Endziels“ aufzugeben und sich als das zu bekennen, was sie aufgrund ihrer tatsächlichen Politik in Wirklichkeit war: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Nachdem Bernstein aufgrund empirischer Erkenntnisse die Richtigkeit der Analyse und Prognose des „grundsätzlichen“ Teils des Erfurter Programms bestritten hatte, fragte er: „Aber wozu die Ableitung des Sozialismus aus dem ökonomischen Zwange? Wozu die Degradierung der *Einsicht*, des *Rechtbewußtseins*, des *Willens* der Menschen?“ Mit einer ethischen Begründung des Sozialismus schien aber den Antirevisionisten gerade das preisgegeben, was ihrer Meinung nach den großen Fortschritt des Erfurter Programms gegenüber seinen Vorgängern ausmachte: die „Wissenschaftlichkeit“. In scharfer Polemik wies Rosa

Luxemburg Bernstein zurück: „Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt ... bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge.“ (Es wäre übrigens leicht nachzuweisen, wie stark Rosa Luxemburg selber vom Prinzip der Gerechtigkeit geleitet war.)

Die Verurteilung des Revisionismus durch eine überwältigende Mehrheit der Delegierten des Parteitagés von Dresden (1903) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Sozialdemokratie vor und nach Dresden eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“ war und blieb. In ihrer politischen Praxis war sie — unbeschadet ihres Bekenntnisses zum „wissenschaftlichen Sozialismus“ — von Erwägungen geleitet, deren Orientierung an Vorstellungen von Gerechtigkeit und Freiheit unverkennbar ist. Das sei an drei Beispielen gezeigt.

Bedeutung der Grundwerte

In Babels und Liebknechts Ablehnung, im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 für die Krieganleihe zu stimmen, und im Protest aller Sozialdemokraten (Lassalleaner wie Eisenacher) gegen eine Fortführung dieses Krieges nach dem Sieg von Sedan sowie in ihrer einmütigen Opposition gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen manifestierte sich eine Haltung, die Wilhelm Liebknecht in einer Reichstagsrede (19. Februar 1878) eindrucksvoll formulierte. Er forderte, daß „sich die Reiche der Welt auf die Gerechtigkeit gründen“, „ein neues Völkerrecht, ... ein wahres Völker- und Menschenrecht“ geschaffen werde und die „sittlichen Grundsätze des Privatlebens“ auch für das öffentliche Leben, insbesondere für die Außenpolitik, gelten sollen.

Der Kampf um demokratische Freiheitsrechte und um soziale Gerechtigkeit für die Unterprivilegierten war eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die sich ausgesprochenermaßen als Repräsentantin der Arbeiterschaft verstand. Bemerkenswert aber ist, daß sich die Sozialdemokraten gegenüber Maßnahmen zur Verbesserung des Loses der Arbeiter ablehnend verhielten, wenn ihnen diese mit der Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen nicht vereinbar erschienen. Zu der während des Sozialistengesetzes von Bismarck initiierten Sozialgesetzgebung erklärte der Sozialdemokrat Karl Grillenberger: „Wir wollen die sozialen Beglückungspläne nicht von reaktionären Händen, sondern vom de-

mokratischen Volksstaat haben.“⁶⁾ Weil die Arbeiter durch diese Gesetzgebung als Objekte behandelt wurden und sie deren Institutionen nicht in Selbstverwaltung übernehmen konnten, versagten die Sozialdemokraten ihr zunächst die Zustimmung. (Freilich spielte dabei ihre Feindschaft gegen Bismarck, ihren Verfolger, eine ausschlaggebende Rolle.)

In den Auseinandersetzungen um die „Leh Heinze“ (eine Art „Schund- und Schmutz“ Gesetz) setzten sich die Sozialdemokraten an die Spitze derer, die für die Freiheit der Kunst eintraten. Der Argumentation des Zentrums, man dürfe Kunstwerke, die gegen das „gesunde Volksempfinden“ verstoßen, nicht in der Öffentlichkeit zeigen, widersprach Georg von Vollmar, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, mit aller Entschiedenheit. Erst durch Hebung der sozialen Verhältnisse und der Allgemeinbildung könne „das Volk“ in die Lage versetzt werden, einen Geschmack zu entwickeln, der es zur Beurteilung von Kunstwerken befähige⁷⁾.

Ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik im Jahrzehnt vor Kriegsausbruch war die Demokratisierung des Wahlrechts in den Ländern des Deutschen Reichs. Das Scheitern aller Bemühungen, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen abzuschaffen und der Arbeiterschaft im größten und wichtigsten Bundesland eine entsprechende parlamentarische Vertretung zu sichern, zeigt deutlich die Grenzen des von Sozialdemokraten im Wilhelminischen Reich „Machbaren“.

Obwohl die Sozialdemokraten 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag wurden, blieben sie weiterhin von allen Ämtern in Verwaltung und Regierung ausgeschlossen. Ihr faktischer Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik war minimal, in der Außenpolitik gleich null. Die Intransigenz der Regierung und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber ihren politischen und sozialen Forderungen lieferte immer wieder Argumente zur Stützung der Theorie, zu der sich die Sozialdemokratie seit Erfurt bekannte. Für die breite Mitgliedschaft war die Aussicht auf ein im Gang der Geschichte vorgezeichnetes „Endziel“ die Verheißung, mit der sie sich in ihrer täglichen Misere trösten konnte. Der als Realität erlebte Klassenkampf „von oben“ bestärkte ihre Überzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenstehens der Ausgebeuteten und Unterdrückten. „Die Kämpfe mit dem Kapital, die die klassenbewußte Arbeiterschaft im

⁶⁾ Reichstagsdebatte vom 14. 12. 1882.

⁷⁾ Debatte im Reichstag am 15. 3. 1900 und im Bayerischen Landtag am 20. 4. 1900.

letzten halben Jahrhundert durchgefochten hat, bilden ein einziges großes Heldenepos der Solidarität“, schrieb ein sozialdemokratischer Redakteur im Rückblick auf die Aufstiegszeit der Sozialdemokratie¹⁰⁾.

Für Führung und Mitgliedschaft der Sozialdemokratie gewann die Idee der Solidarität — die in dem eben zitierten Artikel als „nicht nur eine Sache des Verstandes, sondern innerster Kern des proletarischen Ehrgefühls“ bezeichnet wird — eine besondere Ausprägung. Die Partei mit all ihren Einrichtungen zur Befriedigung ökonomischer, politischer und kultureller Interessen der Mitglieder — ihre Presse, Büchereien, Konsumgenossenschaften, Schrebergärtner-, Gesangs-, Turn- und Sportvereine, Schachklubs, Freidenker- und Feuerbestattungsverbände — wurde ihren Mitgliedern, wie Otto Bauer es einmal ausdrückte, „Vaterhaus und Heimat“. Die Enttäuschungen, die Sozialdemokraten in ihrem Bemühen erlebten, Staat und Gesellschaft im Sinne von Freiheit und Gerechtigkeit zu reformieren, verstärkten ihren Eifer, in solidarischer Selbsthilfe dieses Vaterhaus auszubauen und immer wohllicher zu gestalten. Da dieses Haus in feindlicher Umgebung stand, mußte es durch den unerschütterlichen Zusammenhang seiner Bewohner gesichert werden. Die strikte Parteidisziplin der deutschen Sozialdemokratie, auf deren Schattenseiten und mitunter verhängnisvolle Folgen hier nicht eingegangen werden kann, war eine spezifische Ausformung des Solidaritätsbegriffs. Sie hängt aufs engste mit den äußeren Bedingungen zusammen, unter denen sich diese Partei konstituiert und entwickelt hat.

Wandel im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg bildet einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Nachdem sie noch in den letzten Julitagen gegen den drohenden Kriegsausbruch protestierte und demonstrierte, bewilligte ihre Reichstagsfraktion am 4. August 1914 einstimmig die Kriegskredite und verpflichtete sich zur Einhaltung eines innenpolitischen Burgfriedens. Man mag, wie die Verfasserin, die Entscheidung vom 4. August und die Politik der Parteimehrheit im Kriege für falsch halten, und dennoch die Frage, ob sie damit bewußt Verrat an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geübt hat, nicht uneingeschränkt bejahen. Die Gründe für die Bereitschaft der deutschen Sozialdemokraten, sich für den Sieg der deutschen Waffen einzusetzen, sind vielfältig.

Sieht man davon ab, daß die Mitgliedschaft noch mehr als die Führung der Partei vom Taumel der allgemeinen Kriegsbegeisterung mitgerfaßt wurde, so ergeben sich auch rationale Erwägungen für die „Politik des Vierten August“, die mit der Parteitradition nicht in Widerspruch stehen. Schon Marx und Engels hielten den russischen Zarismus für den Weltfeind Nummer 1 der Freiheit; die deutschen Sozialdemokraten waren der Überzeugung, daß ihr Land gegen diesen Feind einen Verteidigungskrieg führe. Die Barrieren, die sie in ihrem innenpolitischen Kampf um Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit nicht zu überwinden vermocht hatten, hofften sie durch den Beweis ihrer patriotischen Zuverlässigkeit beseitigen und eine „Neuordnung“ des Reiches im Sinne ihrer Vorstellungen erreichen zu können. Und als Vertreter der Interessen der deutschen Arbeiter fühlten sie sich verpflichtet, ihr Land vor einer Niederlage zu bewahren, denn sie befürchteten — und wie es sich zeigen sollte, mit Recht —, daß die Lasten eines verlorenen Krieges in erster Linie auf die unteren Schichten abgewälzt werden würden.

Hatte sich die Sozialdemokratie bis zum 4. August 1914 als prinzipielle Oppositionspartei verstanden, so reihte sie sich von da an — wenn auch mit gewissen Vorbehalten — in die nationale Front ein. Eine Minderheit in der Partei lehnte diese Politik als einen durch keine objektiven Gründe gerechtfertigten Bruch der Tradition ab. Insbesondere stand dieser Minderheit auch im Kriege die internationale Solidarität der Arbeiter weit höher als eine bedingungslose Solidarität mit dem eigenen Lande, zumal sie die Kriegsziele der deutschen Regierung ebenso verurteilte wie deren Innenpolitik. So kam es im Laufe des Krieges zu einer Spaltung der Partei in Mehrheitssozialdemokraten unter Führung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann und in Unabhängige Sozialdemokraten (USPD) unter Führung von Hugo Haase. Die zunächst nur sehr kleine Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bildete den Kern der Ende 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands. Die bis dahin innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten und Richtungskämpfen geübte Solidarität, wenn es um den Kampf gegen den „Klassenfeind“ (den kapitalistischen Unternehmer, die monarchischen Regierungen und ihre Vertreter, die bürgerlichen Parteien) ging, war endgültig zerbrochen.

Trotz des vollzogenen Wandels von einer Oppositionspartei zu einer Partei des Burgfriedens

¹⁰⁾ Rheinische Zeitung v. 3. 7. 1919.

dens sah die Mehrheitssozialdemokratie im Krieg keinen Grund, an ihrem Bekenntnis zum Marxismus zu rütteln. Im Oktober 1917 beschloß sie auf einem Parteitag, durch ein Aktionsprogramm das Erfurter Grundsatzprogramm zu ergänzen, nicht etwa es außer Kraft zu setzen.

Die Problematik des „Endziels“

Fragt man sich, welche Elemente des Marxismus nach 1914 Allgemeingut der Partei blieben, so schälen sich im wesentlichen zwei Gedankenkomplexe heraus: die Erkenntnis der Existenz eines Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft und die Identifizierung des Sozialismusbegriffs mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Selbst die eifrigsten Befürworter der Burgfriedenspolitik während des Krieges lehnten entrüstet „die Zumutung“ ab, dem Klassenkampf „abzuschwören“, ebensogut könne man verlangen, Naturerscheinungen „abzuschwören“, denn wie diese sei auch der Klassenkampf keine Theorie, sondern eine Tatsache, argumentierten sie. Ändern könne und solle man nur seine Formen. Ebenso unbestritten wurde von allen Richtungen der sozialdemokratischen — und später auch der kommunistischen — Arbeiterbewegung unter dem „Endziel“ des Sozialismus die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verstanden. Und selbst Philipp Scheidemann, ein ausgesprochener Pragmatiker, der sich um die marxistische Theorie niemals groß Gedanken machte, äußerte noch 1917 die Überzeugung, daß die geschichtliche Entwicklung unvermeidlich diesem Ziel zustrebe.

Für die Gleichsetzung von Sozialismus und Sozialisierung lieferte Karl Kautsky, der Verfasser des ersten Teils des Erfurter Programms und marxistischer Lehrmeister der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie, das erstaunlichste Zeugnis. In seiner 1918 erschienenen Schrift „Demokratie oder Diktatur“ heißt es: „Man unterscheidet mitunter zwischen der Demokratie und dem Sozialismus, also der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion in der Weise, daß man sagt, diese sei unser Endziel, der Zweck unserer Bewegung, die Demokratie bloßes Mittel zu diesem Zweck, das unter Umständen untauglich, ja sogar hinderlich sein könne. Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse. [Erfurter Programm] ...

Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, das Proletariat zu befreien. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, ... dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles“.

Vorrang der Grundrechte

Weder Kautsky noch die meisten anderen Sozialdemokraten jener Zeit, ob sie politisch links oder rechts von ihm standen, glaubten damals aber, daß sie sich in ihrer Definition des „Endziels“, nämlich der Identifikation von Sozialisierung mit dem Sozialismus, in dem die im oben zitierten Erfurter Programm genannten Übel des Kapitalismus aufgehoben sein werden, geirrt hatten. In die allergrößten Schwierigkeiten gerieten sie jedoch, als ihnen mit der Novemberrevolution von 1918 die politische Macht zugefallen war und die Masse ihrer Anhänger, die von ihnen jahrzehntelang beeinflussten ebenso wie die nach der Revolution neu zu ihnen gestoßenen, nun energische Schritte in Richtung auf dieses „Endziel“ erwarteten. Da zeigte sich — neben verschiedenen Hemmungen gegen die Sozialisierung, auf die hier nicht eingegangen werden kann —, daß die Sozialdemokraten auf diese Situation nicht vorbereitet waren und kein praktikables, von einer breiten Mehrheit innerhalb der Partei getragenes Konzept besaßen, wie sozialisieren sollte. Dieser Mangel an Vorbereitung hängt bis zu einem gewissen Grade auch mit dem allzu mechanistischen Marxismus-Verständnis der SPD zusammen, mit dem Glauben, daß die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft automatisch zur Vergesellschaftung treibe und man sich darum über Einzelheiten keine Gedanken zu machen brauche. Die Folgen dieser Passivität in der Sozialisierungsfrage waren verhängnisvoll: Die alten wirtschaftlichen Machtstrukturen wurden nicht angetastet und große Teile der enttäuschten Massen wandten sich — allerdings nicht allein aus diesem Grunde — extremistischen Bewegungen und Parteien zu.

Zeigte sich in der Revolution vom November 1918, als SPD und USPD gemeinsam die

Übergangsregierung bildeten (den „Rat der Volksbeauftragten“, aus dem die Unabhängigen Ende 1918 austraten), eine allgemeine Unsicherheit beider Parteien in der Sozialisierungsfrage, so präsentierte die Demokratisierung zunächst keine Schwierigkeiten. Am 12. November verkündete der „Rat der Volksbeauftragten“ mit Gesetzeskraft die Aufhebung aller Beschränkungen der Meinungs-, Gewissens- und Koalitionsfreiheit, ferner das gleiche, geheime, direkte, allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer über 20 Jahren, das für alle öffentlichen Körperschaften, auch für eine Konstituierende Versammlung, gelten sollte. Umstritten war zwischen SPD und USPD der Termin für die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung: Die SPD wollte sie zu einem möglichst frühen Termin wählen lassen, um den „Rat der Volksbeauftragten“, dem durch das ungeschriebene „Recht der Revolution“ Exekutive und Legislative zugleich zugefallen waren, durch ein Parlament und eine Regierung mit demokratischer Legitimation abzulösen. Die USPD hingegen verlangte eine Aufschiebung der Wahlen, weil zunächst die Errungenschaften der Revolution konsolidiert werden sollten. Die führenden Männer und Frauen der USPD waren in der Revolutionszeit keineswegs grundsätzliche Gegner einer parlamentarischen Demokratie. Das Bekenntnis zur „Diktatur des Proletariats“ in der Form des Räteregimes — eine Konzeption, die dem russischen Muster nachgebildet war und in Deutschland zunächst im wesentlichen von den Anhängern des Spartakusbundes (der späteren KPD) vertreten wurde — setzte sich in der USPD erst später durch und wurde niemals von allen Mitgliedern dieser heterogenen Partei geteilt. Im „Rat der Volksbeauftragten“ einigten sich SPD und USPD darauf, daß der vom 16. bis 20. Dezember 1918 tagende „Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte“ den Wahltermin bestimmen sollte. Der Kongreß entschied sich für den 19. Januar 1919 — ein Zeichen, wie sehr die „Träger der Revolution“ (als solche betrachteten sich die Arbeiter- und Soldatenräte) in ihrer Mehrheit auf eine demokratisch-parlamentarische Ordnung drängten.

Noch ehe die Nationalversammlung ihre Verfassungsberatungen aufnahm, hatte auf Initiative und unter Leitung des Staatsrechtlers Hugo Preuß ein kleiner Ausschuß einen Entwurf ausgearbeitet. Preuß war am 15. November vom „Rat der Volksbeauftragten“ zum Staatssekretär des Reichsinnenministeriums berufen worden. Damit war auch für die Verfassungsarbeit eine Vorentscheidung

getroffen, denn Preuß war zwar Demokrat und Gegner des Obrigkeitsstaates, jedoch konnte man von ihm keine „sozialistische Amtsführung“ erwarten, wie Ebert erklärte. Was Ebert von einer Verfassung tatsächlich erwartete, betonte er in einer Beratung des Preußischen Entwurfs am 14. Januar 1919: „Vor allem vermisse ich in der Vorlage die scharfe, ins Auge fallende Betonung gewisser demokratischer Gesichtspunkte: persönliche Freiheit, Freiheit der Wissenschaft in ihrer Lehre, Gewerbefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit usw.“ Nach Preuß' Entgegnung, er habe die Grundrechte in die Verfassung nicht aufgenommen, „weil man darüber allein drei Monate reden kann“ (wobei er an die Erfahrung der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 dachte), insistierte Ebert, unterstützt von anderen Sozialdemokraten: „Wie steht es mit den Grundrechten?“ Darauf erklärte der engste Mitarbeiter von Preuß bei den Verfassungsarbeiten, R. A. Schulze: „Ich werde sie aus der 48er Verfassung abschreiben, soweit sie heute noch paßt.“ Diese Episode ist bezeichnend. Für den führenden Mann der SPD besaßen mitten in den Wirren einer revolutionären Situation die Kodifizierung und Verwirklichung der 1848 vergeblich erstrebten Freiheitsrechte absoluten Vorrang. So wurden sie in die Weimarer Verfassung aufgenommen. Daß diese „freieste Verfassung der Welt“, wie die Sozialdemokraten immer wieder stolz betonten, aber keine Sicherungen gegen die Feinde der Freiheit vorsah, gehört zur Tragödie der Weimarer Republik.

Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten den sozialdemokratischen Parteien keine Mehrheit. Die USPD lehnte eine Regierungsbeteiligung ab, die SPD als stärkste Partei stellte den Regierungschef und bildete mit dem Zentrum und den Demokraten das Kabinett. Die ersten Jahre der Republik sind gekennzeichnet durch Hunger und Massenelend, Streiks und Unruhen, vor allem durch die erbitterten Kämpfe von Regierung und SPD auf der einen und USPD und Kommunisten auf der anderen Seite. Die Regierung, besonders der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske, ging mit aller Härte gegen rebellierende Arbeiter vor, um verfassungsmäßige Zustände und die für das ausgeblutete Land so bitter nötige Produktion zu sichern. Die Unruhen hatten aber tiefere Ursachen, die durch Repressionsmaßnahmen eher verschärft als behoben wurden. Daß durch die Einführung einer parlamentarischen Demokratie, ohne gleichzeitige Demokratisierung von Verwaltung und Justiz, und durch eine ver-

besserte Sozialgesetzgebung, ohne strukturelle Änderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die tiefe Enttäuschung der Massen über die Revolution und die Republik nicht aufgefangen werden konnte, haben sich die Verantwortlichen damals offenbar nicht klargemacht.

Es ist hier nicht der Ort, ein Urteil darüber zu fällen, ob die SPD bei größerer Zielklarheit, insbesondere in der Wirtschaftspolitik, und bei mehr Entschlußkraft gegenüber den reaktionären Kräften in Staat und Gesellschaft ihren eigenen Einfluß auf die Gestaltung der Weimarer Republik hätte erhöhen können. Trotz aller Rückschläge und zeitweiliger Ohnmacht fühlte sie sich wie keine andere Partei für das Schicksal dieser Republik bis zuletzt verantwortlich.

Sozialdemokratische Programmatik in der Weimarer Zeit

Ihre Identifizierung mit dem neuen Staat prägte sich in dem neuen Programm aus, das sich die SPD 1921 auf ihrem Parteitag in Görlitz gab: „Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.“

Allerdings betont das Görlitzer Programm, daß auch in dieser Republik die Sozialdemokratie noch weit davon entfernt ist, ihre Ziele verwirklicht zu haben: „Die kapitalistische Wirtschaft hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Überfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.“

Die „Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen“ wird — der Sache nach ähnlich wie im Erfurter Programm — auch im Görlitzer Programm gefordert. Die Sozialisierung wird hier jedoch mit keinerlei „Endziel“-Vorstellungen verknüpft, sondern als das „notwendige Mittel“ bezeichnet, „um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höhe-

ren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen“.

Im Gegensatz zum Programm von Erfurt werden auch alle Prognosen über einen „naturnotwendigen“ Geschichtsprozeß unterlassen. Obwohl sich das Görlitzer Programm vom marxistischen Vokabular nicht freigemacht hat (z. B. in seiner Charakterisierung des Klassenkampfes als „geschichtliche Notwendigkeit“), zieht es Kategorien der Ethik sowohl bei der Kennzeichnung der Mittel (Klassenkampf auch als „ethische Forderung“ verstanden) als auch bei der Zielsetzung (Sozialisierung als Weg zur Erreichung von „höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft“) heran. Bemerkenswert ist am Görlitzer Programm auch, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dort „zur Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land“ erklärt — eine Distanzierung von ihrem früheren Selbstverständnis als Arbeiterpartei. Bezeichnenderweise wird auch der in der vor-marxistischen Phase der deutschen Arbeiterbewegung gängige Terminus „Volksstaat“ als Zielvorstellung wieder aufgegriffen.

Das Görlitzer Programm war das kurzlebige aller sozialdemokratischen Grundsatzprogramme. Schon ein Jahr nach seiner Verabschiedung beschloß der Parteitag von Nürnberg, auf dem die Einigung zwischen einer Minderheit der USPD (ihre Mehrheit hatte sich der KPD angeschlossen) mit der SPD vollzogen wurde, eine Kommission zur Erarbeitung eines neuen Programms einzusetzen, dem auch die früheren Unabhängigen zustimmen könnten. Zwei Jahre später klagte Adolf Braun, der Sekretär der Programmkommission, in bewegten Worten über die Teilnahmslosigkeit der Partei an deren Tätigkeit. Und auch der sachlichen Schwierigkeiten war er sich bewußt: „... die eigentlich sozialistische Forderung, das Streben, aus der kapitalistischen Ordnung in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gelangen“, sei „im wesentlichen völlig gleich geblieben“. Auch, so erklärte Braun, „unser Endziel ist im wesentlichen das gleiche geblieben. Trotzdem können wir nicht wie 1890 formulieren“. Tatsächlich ist aber der „grundsätzliche Teil“ des Heidelberger Programms dem des Erfurter angeglichen worden, wenn auch erweitert um einige Erkenntnisse, deren Berücksichtigung auf den Einfluß des ehemals führenden USPD-Mitglieds Rudolf Hilferding zurückgeht. Symptomatisch für die geringe geistige Produktivität sozialistischer Theoretiker der Nachkriegszeit ist die Tatsache, daß Hilferdings Beitrag über die Bedeutung des Finanzkapi-

tals auf seinem bereits 1910 veröffentlichten Buch beruht.

In der Weimarer Republik verkümmerte die theoretische Diskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Geistige Auseinandersetzungen fanden meist am Rande der Partei statt, so in ihren Jugend- und Studentenorganisationen, in Akademikerzirkeln, bei den Religiösen Sozialisten oder aber in sozialistischen Gruppen, die weder der SPD noch der USPD angehörten. Bei diesen Auseinandersetzungen hat es nicht an Versuchen gefehlt, verschiedene Aspekte des Marxismus, vor allem den Historischen Materialismus, in Frage zu stellen, und das Gedankengut der Sozialdemokratie durch alte und neue Erkenntnisse der Philosophie, der Religionswissenschaft, der Psychologie zu bereichern. Im allgemeinen war die Führung der SPD solchen Versuchen gegenüber tolerant oder an ihnen uninteressiert. Allerdings wurde eine grundsätzliche Kritik des Marxismus, wie sie der Göttinger Philosoph Leonard Nelson übte, der die Marxsche Gesellschaftsanalyse zwar akzeptierte, jedoch Begründung und Zielsetzung sozialistischen Wollens aus der Ethik Kants ableitete, von der SPD abgelehnt.

Die SPD hat es nicht vermocht, den Staat von Weimar vor der Zerstörung durch den Nationalsozialismus zu retten. Sie war in seiner Endphase jedoch die einzige Partei, die vorbehaltlos seiner Verfassung gegenüber loyal blieb. Als einzige Fraktion des Reichstags (die Kommunisten waren zu der Sitzung nicht mehr zugelassen) verweigerte sie dem Ermächtigungsgesetz für Hitler die Zustimmung. Umgeben von SS-Männern mit umgeschnalltem Revolver, vor einer Geräuschkulisse drohender Sprechchöre der SA, gab der Fraktionsvorsitzende Otto Wels am 23. März 1933 die Begründung für die Ablehnung dieses Gesetzes ab. Der Schluß seiner Rede sei wörtlich zitiert:

„Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaats, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die

Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Wels' Vergleich der Hitlerdiktatur mit Bismarcks Sozialistengesetz beweist, daß er damals das Wesen einer totalitären Diktatur noch nicht voll erkannte. Daß aber trotz der ungleich grausameren Verfolgung Hunderttausende standhaft blieben und der Sozialdemokratie die Treue bewahrten, kann nicht anders erklärt werden als durch die Überzeugung, der Wels Ausdruck gab: daß die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Humanität, zu denen sich diese Partei bekannte und bekennt, „ewig und unzerstörbar sind“ und immer wieder zur Motivation solidarisch handelnder Menschen werden.

Neue Ansätze im Exil

Nicht die Überzeugungen, zu denen sich Otto Wels in jener „historischen Stunde“ noch einmal bekannte, stellten die Sozialdemokraten nach dem Sieg Hitlers in Frage, wohl aber die Politik ihrer Partei während der Novemberrevolution und in den Jahren der Weimarer Republik. Die Kritik an der Parteiführung richtete sich gegen ihre Unfähigkeit, die Feinde der Demokratie zu entmachten, die kapitalistische Wirtschaft umzugestalten, die Arbeiterbewegung zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu einigen. Das Ende Januar 1934 veröffentlichte sogenannte „Prager Manifest“ des sozialdemokratischen Exilvorstandes dokumentiert seinen Willen, aus der Niederlage des demokratischen Sozialismus Lehren zu ziehen und angesichts der völlig veränderten Kampfbedingungen neue Wege einzuschlagen. Wenn es in diesem Manifest heißt, daß es „im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur ... für Reformismus und Legalität keine Stätte“ gibt, wird — jedenfalls was die Legalität angeht — nur eine allen Hitlergegnern gemeinsame Einsicht in die Voraussetzungen eines Widerstandes gegen eine totalitäre Diktatur gekennzeichnet. Ein neues Selbstverständnis der SPD zeigt sich jedoch bereits in der Überschrift des Manifests: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus / Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. Die revolutionäre Perspektive kommt am klarsten zum Ausdruck in seiner Feststellung, daß „der Sturz der Despotie ... , wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen, nur in der gewaltsamen Niederringung, nur durch den Sieg im revolutionären Kampfe“ erfolgen

könne. Einer „siegreichen revolutionären Regierung“ obliege „die sofortige Durchführung einschneidender politischer und sozialer Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegt Gegners“. Unverkennbar war der nachfolgende Maßnahmenkatalog mit dem Willen konzipiert, eine Wiederholung der Fehler und Versäumnisse der Revolution von 1918 nicht zuzulassen: „Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht“ solle „der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung“ beginnen. Aber auch dieses Dokument, das so offensichtlich eine Gegenposition zur Praxis der SPD seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges aufrichtet, rekurriert auf die alten Grundwerte der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung: „Die sozialistische Neuordnung der Wirtschaft ist mehr als eine materielle Angelegenheit. Sie ist selbst Mittel zum Endziel der Verwirklichung wahrer Freiheit und Gleichheit, der Menschenwürde und voller Entfaltung der Persönlichkeit.“

Die politischen Erwartungen, auf denen das „Prager Manifest“ beruhte, erwiesen sich bald als illusorisch: Der Widerstandskampf in Deutschland vermochte die sich immer mehr festigende NS-Herrschaft nicht zu erschüttern und eine Einheitsfront mit den Kommunisten kam weder in Deutschland noch im Exil zustande. So blieb dieses Dokument Episode. Die Exilsozialdemokratie nach 1935 war charakterisiert durch „eine intensive Neubewertung auf die liberaldemokratischen Freiheits- und Humanitätsideen des Westens, deren Realisierung und konsequente radikal-demokratisch-sozialistische Weiterentwicklung zur Aufgabe der künftigen freien Arbeiterbewegung erklärt wurden“¹¹⁾. In diese Richtung gingen auch die Diskussionen der während des Zweiten Weltkrieges in London gegründeten „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“, einem losen Zusammenschluß der Sopade (wie sich die Exil-SPD nannte) mit drei Exilgruppen (Neubeginnen, ISK, SAP, die 1945 in die SPD eintraten). Bei den Überlegungen über die Schaffung einer geeinten demokratisch-sozialistischen Partei — unter Ausschluß der Kommunisten — nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur bestand in der „Union“ Einigkeit darüber, daß diese Partei „ohne doktrinaire Enge“ jedem offenstehen müsse, „der sich mit ihren Zielen und ihrer Politik verbunden fühlt und bereit ist, für ihre Erfüllung zu wir-

ken“¹²⁾. In den von der „Union“ Ende 1945 veröffentlichten „Programmatischen Richtlinien“ wird der Sozialdemokratie empfohlen, von der Einsicht auszugehen, daß das Bekenntnis zu ihr „aus den verschiedensten Motiven entspringen kann“.

Der Weg zum Godesberger Programm

Kurt Schumacher, bis zu seinem Tode (1952) erster Vorsitzender der wiedergegründeten SPD, unterstrich die von seinen Parteigenossen im Exil anvisierte weltanschauliche Öffnung der Partei, als er 1946 erklärte, es sei nicht entscheidend, „ob die Notwendigkeiten von Sozialismus, Demokratie und Weltfrieden mit den Mitteln marxistischer Analyse, rationalistischer Philosophie, moralischer Kräfte oder aus dem Geiste der Bergpredigt heraus gefunden werden“. Eine programmatische Festlegung der SPD auf eine neue Grundlage erfolgte zunächst nicht. Schumacher selber hielt die Zeit dafür noch nicht für gekommen. Fragen sozialistischer Theorie wurden jedoch auch in jener Anfangszeit vielerorts diskutiert.

Als ein bemerkenswerter Versuch, den geistigen Standort der Partei neu zu bestimmen ist die „Ziegenhainer Erklärung“ vom August 1947 anzusehen, die das Ergebnis einer von rund 80 Sozialdemokraten besuchten Kulturpolitischen Konferenz zusammenfaßte. Erich Ollenhauer, damals stellvertretender Vorsitzender der SPD, nahm an der Tagung teil, ebenso die Vorstandsmitglieder Willi Eichler, der über „Die Geschichte als Lehrmeisterin“ sprach, und Carlo Schmid, der die „Erklärung“ redigierte. Weitere Referenten waren Gerhard Weisser über „Soziologie und Politik“, Arno Hennig (der Leiter der Sozialistischen Kulturzentrale und Initiator der Konferenz) über „Die naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse des letzten halben Jahrhunderts“ und Guntram Prüfer zur Frage „Wie sehen wir heute den Menschen?“. Hauptthema der „Ziegenhainer Erklärung“ ist das Problem der Gültigkeit des Marxismus angesichts der Erkenntnisse moderner Wissenschaft auf den in den Referaten behandelten Gebieten. Nachdem einleitend erklärt wurde, die Sozialdemokratie kämpfe „für die Verwirklichung der Gerechtigkeit auf allen Lebensgebieten und für die Gestaltung des Volkslebens im Geiste der Freiheit und Gemeinschaft“, wird die Haltung zu Marx prä-

¹¹⁾ Kurt Klotzbach, Einführung zu Dowe/Klotzbach, Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 37.

¹²⁾ Erich Ollenhauer in einem Referat vor der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ am 6. 12. 1942.

zisiert: „Die Ergebnisse der marxistischen Methode sind ihr [der Sozialdemokratie] eine unverzichtbare Quelle politischer Einsicht, sie sind ihr jedoch nicht alleinige und absolute Grundlage aller Erkenntnis. Sie anerkennt die geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des geschichtlichen Prozesses. Sie kämpft für ihre letzten politischen Ziele nicht allein in Verfolgung der Tendenzen der ökonomischen Entwicklung oder aus Gründen materieller Zweckmäßigkeit, sondern um der Würde des Menschen willen.“

Die Lösung von dogmatischen Fixierungen und die Berufung auf ethische Grundsätze, die aus verschiedenen Quellen stammen können, blieb nicht auf die deutsche Sozialdemokratie beschränkt. Im Mai 1951 beschloß die Sozialistische Internationale eine Erklärung über „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus“, an deren Beratungen Willi Eichler als Vertreter von Kurt Schumacher teilnahm. Im Punkt 11 ihrer Präambel wurde der oben zitierte Standpunkt von Schumacher dem Sinn nach ohne irgendwelche Modifikation übernommen. Weit differenzierter als die bis dahin geltenden Programme der deutschen Sozialdemokratie äußerte sich diese Prinzipienklärung der Internationale zur Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. So wird ausdrücklich betont, daß sozialistische Planung mit der Existenz von Privateigentum in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel und in der Klein- und Mittelindustrie vereinbar sei. Dieser Gedanke wird in dem in Dortmund 1952 beschlossenen und in Berlin 1954 erweiterten Aktionsprogramm der SPD besonders unterstrichen.

Das Godesberger Programm, das ein Außerordentlicher Parteitag der SPD Mitte November 1959 verabschiedete, gilt allgemein als ein Durchbruch dieser ehemals marxistischen Arbeiterpartei zu einer weltanschaulich auf pluralistischer Grundlage aufgebauten Volkspartei, die in ihrer Wirtschaftspolitik die Sozialisierung als ein Mittel unter verschiedenen anderen in Erwägung zieht. Selbstverständlich erhält dieses Programm schon dadurch eine herausgehobene Position, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in Godesberg das erste Mal seit 1925 ein „Grundsatzprogramm“ gegeben hat. Zweifellos war dies ein Markstein in der Parteigeschichte, zumal das Programm aus einem alle Ebenen der Partei — in einer ausgedehnten, intensiven Diskussion — engagierenden Willensbildungsprozeß hervorging.

Jedoch darf in einem geschichtlichen Rückblick nicht übersehen werden, daß der Sache nach bereits mit den Aktionsprogrammen von Dortmund und Berlin, insbesondere mit der „Ziele und Aufgaben“ überschriebenen Präambel, die auf dem Berliner Parteitag 1954 verabschiedet wurde, der Weg nach Godesberg beschritten war. Eine gewisse Vorarbeit für die Präambel des Berliner Aktionsprogramms wurde durch eine Studienkommission sozialdemokratischer Wissenschaftler geleistet, der u. a. Wolfgang Abendroth, Fritz Borinski, Georg Eckert, Otto Stammer, Otto Suhr und Gerhard Weisser angehörten. In einer von Willi Eichler geleiteten Tagung in Mehlem bei Bonn verabschiedete sie im April 1953 14 Thesen, auf deren Formulierung insbesondere Weisser Einfluß nahm. Die Präambel des Berliner Aktionsprogramms verbindet mit einer in großen Strichen skizzierten Gesellschaftsanalyse das nachdrückliche Bekenntnis „zu den großen Ideen der Demokratie und des Sozialismus — zur Befreiung der Menschen aus unwürdiger sozialer Abhängigkeit und geistiger Hörigkeit, zu einer Gesellschaft des Friedens und der Gerechtigkeit“. Sie enthält bereits den ins Godesberger Programm übernommenen Hinweis, daß der Sozialismus in Europa in Christentum, Humanismus und klassischer Philosophie wurzele.

Als der Parteitag von Berlin (1954) dem Vorstand den Auftrag erteilte, den Entwurf eines Grundsatzprogramms ausarbeiten zu lassen, bestanden über Form und Inhalt solch eines Programms nur vage Vorstellungen. Eichler, dem die Federführung der Programmkommission übertragen wurde, hatte zweifellos zunächst die Absicht, der Empfehlung der Mehlemer These 4 zu folgen, bei der „Darstellung der geistigen Grundlagen des politischen Willens der freiheitlich-sozialistischen Bewegung ... über die sittlich-kulturellen Maßstäbe Rechenschaft ab[zul]egen, aus denen sich die sozialistische Kritik der geschichtlich vorliegenden Situation und die Forderung zur Neugestaltung der der Gesellschaft ergeben“. Diese Aufgabe sollte durch einen Ausschuß „Grundsatzfragen“ erfüllt werden, dessen Leitung er selber übernahm. Die Beratungen dieses Ausschusses verliefen jedoch ergebnislos. Seine Mitglieder waren fast ausschließlich Akademiker: Soziologen, Politologen, Nationalökonomien, Sozialwissenschaftler, Philosophen. Es erwies sich in diesem Kreis als unmöglich, sich auf eine von allen akzeptierte Konzeption zu einigen, so daß der Plan, den „Grundsatzteil“ des Programms unter unmittelbarer Beteiligung dieser Aus-

schußmitglieder zu formulieren, fallengelassen werden mußte.

Der Abschnitt „Grundwerte des demokratischen Sozialismus“ im Entwurf der Programmkommission, der im Mai 1958 dem Parteitag von Stuttgart vorgelegt wurde, stammt aus der Feder von Eichler. Dieser Abschnitt — wie der gesamte Entwurf der Programmkommission — wurde durch die nach dem Stuttgarter Parteitag vom Parteivorstand eingesetzte Kommission sowie durch eine auf dem Godesberger Parteitag (1959) gebildete Redaktion, die die dem Parteitag vorgelegten Änderungsanträge zu berücksichtigen hatte, gestrafft, ergänzt und in die Abschnitte „Grundwerte des Sozialismus“ und „Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft“ aufgeteilt. Die Grundgedanken des ursprünglichen Entwurfs blieben dabei erhalten. Damit war akzeptiert, die in allen bisherigen programmatischen Erklärungen der Sozialdemokratie anerkannten Werte an die Spitze des neuen Programms zu stellen. Entscheidende Aussagen des ersten Entwurfs sind fast unverändert in die endgültige Fassung des Grundsatzzprogramms eingegangen: „Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander“. „Der demokratische Sozialismus . . . will keine letzten Wahrheiten verkünden [im 1. Entwurf: „macht keine Aussagen über letzte Wahrheiten“] . . . aus Achtung vor den Glaubensentscheidungen der Menschen . . .“ und: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe [im 1. Entwurf: „dauernd eine Aufgabe“] — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren [im 1. Entwurf: „wahren“] und sich in ihnen zu bewähren.“ Die Legitimation des Sozialismus durch ethi-

sche Kategorien, die Anerkennung der Unterschiedlichkeit ihrer Begründung und die Abgabe an ein durch die Geschichte vermeintlich vorgegebenes „Endziel“ war Gemeingut der SPD geworden.

In den Jahren, die seit der Verabschiedung des Godesberger Programms verstrichen sind, blieb es in der SPD unbestritten, daß die in diesem Programm genannten „Grundwerte des sozialistischen Wollens“ zu Recht als solche bezeichnet werden. Wohl aber wurde gefragt, ob die Beschränkung auf die Trias „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ gerechtfertigt sei, und es wurde verschiedentlich gefordert, den Wertekatalog zu erweitern. Die SPD wird in den kommenden Jahren entscheiden müssen, ob und wie sie solche eine Forderung erfüllen kann. Sollte das Godesberger Programm revidiert oder durch ein neues ersetzt werden, darf dennoch ein Gedanke nicht verloren gehen, dem Kurt Schumacher auf dem ersten Parteitag der SPD nach ihrer Wiedergründung Ausdruck gab: „Der deutsche Sozialismus ist entstanden aus der deutschen klassischen Philosophie und aus dem Ideengehalt der großen westeuropäischen Revolutionen, vor allen Dingen aus den Ideen von 1789, wie sie damals in die Öffentlichkeit kamen und die Welt eroberten. Diese Idee der Menschenrechte ist nicht das Ideal der Bürger, es gibt darüber hinaus keine Idee besonderer Arbeiterrechte. In den menschlichen Rechten der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Menschlichkeit, sind auch alle Klassenrechte und Klassenforderungen der Arbeiterschaft enthalten . . .“

Hinweise auf Quellen und Literatur

- Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49—1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution, Stuttgart 1962.
- Conze, Werner/Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966.
- Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingeleitet von Erich Matthias, bearb. v. S. Miller unter Mitwirkung von H. Potthoff (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 6 I u. II), Düsseldorf 1969.
- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Eckert, Georg (Hrsg.): 1863/1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bilder und Dokumente, Hannover 1963.
- Eichler, Willi: Weltanschauung und Politik. Reden und Aufsätze, Frankfurt/M. 1967.
- Flohr, Heiner/Lompe, Klaus/Neumann, Lothar F. (Hrsg.): Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem Selbstverständnis, Bonn-Bad Godesberg 1973.

- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, dtv-Taschenbuch Nr. 647, München 1972³.
- Jansen, Reinhard: Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958.
- Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938, Stuttgart 1952.
- Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960.
- Miller, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1974⁴.
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg. Kleine Geschichte der SPD, Bd. 2, Bonn-Bad Godesberg 1975².
- Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/M. 1974.
- Na'aman, Shlomo: Lassalle, Hannover 1970.
- Na'aman, S. unter Mitwirkung v. Harstick, H.-P.: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63, Assen (Niederlande) 1975.
- Nettl, J. Peter: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1968².
- Potthoff, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Kleine Geschichte der SPD, Bd. 1, Bonn-Bad Godesberg 1975².
- Ritter, Gerhard A.: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und Freie Gewerkschaften 1890 bis 1900, Berlin-Dahlem 1959.
- Schieder, Wolfgang: Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1963.
- Schwan, Alexander/Schwan, Gesine: Sozialdemokratie und Marxismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974.
- Steinberg, Hans-Josef: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Bonn-Bad Godesberg 1972³.
- Strzelewicz, Willy: Der Kampf um die Menschenrechte, Frankfurt/M. 1968.
- Wachenheim, Hedwig: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844—1914, Köln/Opladen 1967.
- Weber, Hermann (Hrsg.): Das Prinzip Links. Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847 bis 1973, Hannover 1973.

Hinweis

In der Ausgabe B 9/76 ist der Beitrag von Christian Graf von Krockow auf Seite 25 irrtümlich mit der ersten Kapitelüberschrift „Die Bedingungen der Reform“ betitelt worden. Der richtige Titel lautet wie auf der ersten Umschlagseite angegeben: „Reform als politisches Prinzip“.

Peter Glotz: Der Mannheimer Parteitag der SPD 1975

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/76, S. 3—15

Der Mannheimer Parteitag der SPD 1975 hat den Endpunkt eines Prozesses gebracht, den man als die Integration der Außerparlamentarischen Opposition in den demokratischen Staat bezeichnen kann. Die Sozialdemokratische Partei hat sich, wenn auch gegen vielfältige Widerstände, mit Erfolg darum bemüht, den überwiegenden Teil dieser protestierenden jungen Generation in den Staat des Grundgesetzes zu integrieren. Die Diskussion über den Ökonomisch-Politischen Orientierungsrahmen für die Jahre bis 1985, der auf dem Mannheimer Parteitag beschlossen wurde, ist dafür ein Beweis. Viele Fragestellungen der Außerparlamentarischen Opposition sind hier positiv aufgenommen worden, jedoch ohne deren dogmatische und utopische Elemente.

Der Mannheimer Parteitag der SPD 1975 hat aber nicht nur alte Diskussionen abgeschlossen, sondern auch neue Fragen gestellt. Vor allem sind drei Probleme formuliert worden, die als moralische Impulse die Politik des nächsten Jahrzehnts bestimmen müssen. Es sind dies die Problematik des Rechts auf Arbeit, die Frauenfrage und die Sicherung geistiger Liberalität in unserem Land. Diese Probleme werden die politische Debatte der nächsten Zeit bestimmen.

Personalpolitisch hat der Mannheimer Parteitag 1975 die Ergebnisse des Hannoverischen Parteitagess 1973 bestätigt: Es hat weder einen Rechts- noch einen Linksruck gegeben; die politische Führung repräsentiert in ihren Schattierungen die Struktur der Gesamtpartei. Die Verfestigung zu Flügeln und Gruppierungen bedeutet aber — insbesondere für eine Zeit größeren Problemdrucks in den nächsten Jahren — eine Gefährdung der innerparteilichen Solidarität. Die SPD braucht ein „zentristisches“ Konzept, um die Probleme von Gegenwart und Zukunft bewältigen zu können.

Susanne Miller: Grundwerte in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/76, S. 16—30

Im Godesberger Programm der SPD (1959) werden Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als „die Grundwerte des sozialistischen Wollens“ bezeichnet. Im Gegensatz zum Erfurter Programm (1891) und zum Heidelberger Programm (1925), deren erster Teil eine Analyse der Gesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen enthält, werden im Godesberger Programm das Bekenntnis zu diesen „Grundwerten“ und die aus ihm abgeleiteten „Grundforderungen“ den Ausführungen zu den einzelnen Sachbereichen vorangestellt. Diese explizite Orientierung an ethischen Kategorien bedeutete eine Abwendung von der marxistischen Fundierung früherer „Grundsatzprogramme“ der deutschen Sozialdemokratie. Bedeutet sie jedoch gleichzeitig einen Bruch mit der im vorigen Jahrhundert begründeten Tradition dieser Partei?

Ein Rückblick auf die Anfänge der Arbeiterbewegung und die Frühzeit der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland — dem von Ferdinand Lassalle 1863 ins Leben gerufenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die sich 1875 in Gotha zusammenschlossen — ergibt, daß die im Godesberger Programm genannten Grundwerte bereits damals in ihren Zielvorstellungen einen zentralen Platz einnahmen. Aber auch nachdem der Marxismus zur parteioffiziellen Lehre wurde, war die praktische Politik der Sozialdemokratie vom Bestreben bestimmt, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im bestehenden Staat Geltung zu verschaffen. Die Widersprüchlichkeit zwischen theoretischem Bekenntnis und tatsächlicher Praxis kennzeichnete allerdings lange Zeit das Erscheinungsbild dieser Partei. An Bemühungen, sie zu überwinden, hat es nicht gefehlt. Im Exil nach 1933 und insbesondere nach der Wiedergründung der SPD 1945 wurden sie verstärkt. Die Neuformulierung sozialdemokratischen Selbstverständnisses in Godesberg hat historische Wurzeln, die weit in die Geschichte dieser Partei zurückreichen. Sie zu erkennen, ermöglicht die Einordnung dieses Programms in die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung.